A1NEU - INI1 Blühende Landschaften - schaffen wir selbst!

Antragsteller*in: Landesvorstand
Tagesordnungspunkt: 5 Leitantrag und Initativanträge

Antragstext

1. Politik für die 90 Prozent

Lebensmittel werden immer teurer, Energiepreise explodieren und Mietpreise gehen durch die Decke.

Von Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland oder Thüringen kann nicht die Rede sein. Und die Chancengleichheit aller (jungen) Menschen existiert nur auf dem Papier. Beides hängt noch immer davon ab, aus welchem Elternhaus du kommst und an welchem Ort du geboren und aufgewachsen bist. Als Jusos Thüringen können und werden wir uns damit nicht abfinden.

Diese und andere Ungerechtigkeiten treten gerade in Krisenzeiten offen zu Tage. Die extremen Preisanstiege und die deutliche Teuerung der Lebenshaltungskosten betreffen insbesondere prekarisierte Gruppen. Sie waren es, die im Winter wegen der hohen Heizkosten gefroren haben, sie sind es, die sich den Sprit für den Arbeitsweg nicht mehr leisten können und die beim Einkauf der Lebensmittel sparen müssen.

Die Folgen der Corona-Pandemie und nicht zuletzt des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zerstören den letzten Funken des Aufstiegsversprechens, das aus verschiedensten politischen Richtungen seit Jahrzehnten postuliert wurde. Dieses angebliche Versprechen ist in der Realität an Voraussetzungen geknüpft, die nicht alle erfüllen können: soziale und wirtschaftliche Herkunft, Geburts- bzw. Wohnort und Geschlecht. Das sind allerdings keine Naturgesetze: Was von Menschen geschaffen wurde, kann auch von Menschen verändert werden. Als Jusos wollen wir das gute Leben für alle - bedingungslos.

Bereits vor Corona waren 1,65 Mio. Menschen in Deutschland auf die regelmäßige Versorgung durch die Tafeln angewiesen. Währenddessen halten die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des Gesamtvermögens. Im Verlauf der Coronakrise setzte sich diese Entwicklung noch extremer fort: Die Superreichen vermehrten ihren Besitz, Ärmere blieben auf der Strecke. Es zeigt sich einmal

mehr, das Wenige von den systematischen Bedingungen übermäßig profitieren, aber kaum zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand beitragen. Die Schere zwischen arm und reich wurde mittlerweile soweit gebogen, dass sie vor unseren Augen zerbrochen ist.

Das Problem heißt Kapitalismus - und ist allseits bekannt. Die Lösung muss in seiner Überwindung liegen.

Daher unterstützen wir den Vorschlag, ein Grunderbe einzuführen, das allen 18-Jährigen bindungslos zur Verfügung gestellt und durch eine deutlich erhöhte Erbschaftsteuer finanziert wird. Für eine wirkliche Umverteilung fordern wir ein allgemeines Grunderbe von mindestens 60.000 Euro. In Deutschland werden jährlich rund 400 Milliarden Euro vererbt, aber lediglich 0,2 Prozent gehen davon aktuell an den Staat bzw. die Gemeinschaft zurück. Diesen Zustand nehmen wir nicht länger hin. Mit normaler Lohnarbeit ist kein Vermögensaufbau mehr möglich, viele Lebenschancen bleiben verwehrt. Ungeachtet der Lebensleistung werden bestimmte Personengruppen systematisch von dem existierenden Wohlstand abgeschnitten. Dazu zählen insbesondere Menschen in Ostdeutschland und Migrant:innen.

Auch Überlegungen für gesonderte Vermögensabgaben helfen dem Ziel der Umverteilung. Die viel diskutierte Übergewinnsteuer könnte sofort greifen und Krisengewinner:innen verpflichten, einen gerechten Beitrag an die Gemeinschaft zurückzugeben. Aber auch weitere einmalige Vermögensabgaben als Corona-Soli sind notwendig für wirkliche Umverteilung.

Ohne eine Abkehr von der kapitalistischen Logik der Gewinn- und Vermögensmaximierung bekommen wir keine blühenden Landschaften.

2. Geiz ist nicht geil - besonders für den Staat

Eine besondere Form des Verteilungskampfes zeigt sich im Umgang mit den staatlichen Finanzen und im Mantra des selbst auferlegten Spardiktats. Anstatt über öffentliche Investitionen soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit herbeizuführen, wird eine neoliberale Erzählung hochgehalten: Die Schulden von heute, müsse die Generation von morgen zurückzahlen. Die jungsozialistische Perspektive zeigt allerdings, dass es die Investitionen von heute sind, die uns morgen doppelte Kosten ersparen.

Der jüngste und ein besonders bitterer Ausläufer der neoliberalen Spardogmatik zeigt sich im diesjährigen Landeshaushalt Thüringens. Hier erzwang die destruktive Opposition eine Globale Minderausgabe, die dafür sorgt, das reihenweise Projekte, Fördermöglichkeiten und Investitionen auf Eis gelegt werden. Leidtragende sind besonders Menschen, die auf die staatliche

Unterstützung angewiesen sind. Als Jusos Thüringen lehnen wir derartige Instrumente strikt ab.

Aber auch die SPD ist in den vergangenen Jahrzehnten dem Spardiktat verfallen. Die sogenannte Schuldenbremse wurde in der Zeit der Großen Koalition eingeführt und beschränkt seitdem die Flexibilität öffentlicher Ausgaben und Investitionen für Bund und Länder. Der konservative Traum eines schlanken Staates, der dauerhaft mit einer schwarzen Null arbeitet, war immer falsch. Diese künstliche Haushaltsdisziplin verhindert nachhaltiges Wirtschaften und Investieren.

Dass es auch anders geht, haben wir in den letzten beiden Jahren gesehen. Für uns ist klar: Ansparen gegen Krisen funktioniert nicht. Aber hier haben Union und Liberale noch einige Volkswirtschaftskurse nötig.

Als Jusos Thüringen sprechen wir uns klar gegen die künstliche Schwarze Null aus - im Bund ebenso wie in Thüringen. Dafür gilt es zunächst, die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz zu tilgen, denn eigentlich ist sie eine Investitionsbremse. Wir wollen eine Haushaltsdisziplin, die sich an der Beseitigung von Ungerechtigkeiten orientiert. Die zwingend notwendigen Investitionen auf allen staatlichen Ebenen brauchen wir jetzt.

Beispielhaft seien an dieser Stelle der Bildungssektor und die Infrastruktur genannt, in denen massive milliardenschwere Investitionen notwendig und seit Jahren überfällig sind. Statt Flickschusterei braucht es hier den großen Ansatz.

Die blühenden Landschaften schenkt uns niemand. Schaffen wir sie selbst.

B1NEU2 Ordentliche Arbeitsverträge an den Musikschulen schaffen

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Beschäftigungsverhältnisse für als Lehrkräfte im Bereich der musikalischen (u.a. musikalische Früherziehung und Instrumentalunterricht) und künstlerischen Bildung sind für die Mehrheit der Menschen prekär. Es fehlt an ordentlicher finanzieller Ausstattung der Musik- und Jugendkunstschulen, da es sich hierbei um freiwillige Aufgaben der Kommunen handelt und das die Bereiche sind, die in Zeiten knapper Kassen stets gefährdet sind. Das führt dazu, dass 2/3 der Lehrenden an kommunalen Thüringer Musik- und Jugendkunstschulen auf Honorarbasis beschäftigt sind. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, welcher sich nicht nur negativ auf die Beschäftigten sondern auch nachteilhaft auf die nachhaltige Sicherung der musikalischen und künstlerischen Früh- und Ausbildung auswirkt.
Das wollen wir ändern:
Der Landesvorstand der Jusos Thüringen möge sich für Folgendes einsetzen:

- Verankerung der Musik- und Kunstschularbeit als kommunale Pflichtaufgabe
- Entsprechende Landesfinanzierung von festangestellten Lehrkräften an den Musik- und Jugendkunstschulen
- Abdeckung des Lehrdeputats in der Regel durch festangestellte Lehrende
- Absicherung der Bezahlbarkeit des Musik- und Kunstschulunterrichts für alle Bevölkerungsschichten
- Aufbau eines Programms zur kulturellen Teilhabegerechtigkeit im Bereich der musikalischen Bildung an Grund- und Förderschulen in Anlehnung an das "JeKits"-Programm in NRW

Begründung

Laut Verband der Thüringer Musikschulen gibt es 25 kommunale Musikschulen mit im Jahr 2018 insgesamt ca. 900 Lehrenden. Davon sind jedoch lediglich ein Drittel festangestellt. Sehr viele Instumentallehrer:innen befinden sich viele Jahre, teilweise Jahrzehnte lang in prekären Beschäftigungsverhältnissen. In nur wenigen

Fällen sind Honorarverträge von den Beschäftigten gewollt. Insbesondere während der Corona-Jahre gerieten etliche Honorarkräfte in existenzielle Nöte. Es herrscht ein Finanzierungsproblem, da die Träger die Landkreise bzw. kreisfreien Städte sind und der Unterhalt der Musikschulen zu den freiwilligen Leistungen zählt. Eine dauerhafte Förderung durch das Land und somit Einflussnahme auf die Art der Beschäftigungsverhältnisse ist nach der derzeitigen Rechtslage nicht möglich.

Derzeit befindet sich der Antrag Drucksache 7/3385 zur Anerkennung und Förderung der Thüringer Musik- und Jugendkunstschulen der CDU-Fraktion in Ausschussberatung. Dieses Feld können die Jusos und die SPD nicht der CDU überlassen. Eine breit verfügbare musikalische Grundbildung muss allen offen stehen und es muss qualifiziertes, mit ordentlichen Festanstellungen versogtes Personal dafür zur Verfügung stehen. Das im Gesetzentwurf verankerte Minimum von 50% festangestelltem Personal als Kriterium der staatlichen Anerkennung erscheint ambitionslos und geht am eigentlichen Kern des Problems vorbei. Wir stehen für gute Arbeitsbedingungen und einen Zugang zu Bildung für alle Bevölkerungsschichten, auch zur musikalischen Bildung. Ein Beispiel, wie so etwas aussehen könnte, ist das nordrhein-westfälische Jekits-Programm (jedem Kind Instrument, Tanzen, Singen), innerhalb dessen an Grund- und Fördersorderschulen durch ausgebildete Lehrkräfte (der Musikschulen) eine frühe musikalische Grundausbildung vermittelt wird.

Quellen

Jekits-Programm:
https://www.jekits.de/app/uploads/2018/07/180523_Programmbeschreibung.pdf
Forderungen des Musikschulverbands:
https://www.musikschulen.de/medien/doks/Positionen_Erklaerungen/stuttgarter-appell-vdm-bundesversammlung.pdf
https://www.musikschulen.de/aktuelles/news/index.html?newsid=1325
Gesetzentwurf und Plenardebatte:
https://forum.thueringer-landtag.de/sites/default/files/downloads/7_3385_0.pdf
https://forum.thueringer-landtag.de/sites/default/files/downloads/Plenarprotokoll_6.pdf

B2NEU2 Kindkrankgeld auch für Minijober:innen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

Eltern haben im Fall einer Erkrankung des Kindes einen Anspruch auf das sog. Kindkrankengeld, § 45 Abs. 1 S. 1 SGB V. Dieser Anspruch richtet sich gegen die Krankenversicherung der Eltern. Eltern mit Minijob sind zumeist nicht krankenversichert. Das hat zur Folge, dass sie im Fall einer Erkrankung des Kindes zwar gemäß § 45 Abs. 5 SGB V Anspruch auf Freistellung von der Arbeit haben, aber kein Kinderkrankengeld erhalten.

Wir lehnen diese Regelung ab. Eltern mit Minijobs sind wirtschaftlich besonders vulnerabel und sollten nicht vor die Entscheidung gestellt werden, sich um ein krankes Kind zu kümmern oder zu arbeiten, um den Lebensunterhalt für das Kind zu bestreiten. Hinzu kommt, dass statistisch oft weiblich gelesene Personen in Minijobverhältnissen beschäftigt sind. Die Regelung führt insofern zu einer erheblichen Diskriminierung, insbesondere von Frauen, die wir nicht hinnehmen wollen.

Wir fordern daher:

- die Regelungen zu Minijobs so zu verändern, als das die Arbeitgeber:innen entsprechend der Lohnhöhe 50% der Sozialversicherungsbeiträge zahlen, während der Staat den Anteil der Arbeitnehmer:innen zahlt und so Personen in Minijobs Zugang in die Sozialversicherungen erhalten.
Ebenso soll das SGB angepasst werden, so dass diese Regelungen nicht mit bisherigen weiteren Förderungen kollidieren und den Minijobbern so keine Förderhilfen entfallen.

Bis zur Umsetzung dieser Regelung auf Bundesebene sieht der Freistaat Thüringen Regelungen vor, die die Zahlung von Kindkrankengeld für Eltern mit Minijob durch die Gemeinden vorsehen. Die Zahlung erfolgt aus dem Landeshaushalt

Begründung

Erfolgt mündlich.

C9NEU2 Heutige Bildung erfordert Digitalisierung an Thüringer Schulen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Schule muss auf die heutige Arbeitswelt vorbereiten, welche zum Großteil digital erfolgt.

Deshalb fordern wir Jusos Thüringen eine moderne Bildungspolitik, welche es den Schüler:innen ermöglicht alle erforderlichen Kompetenzen zu erlangen, um zukünftig erfolgreich in der digitalen Umwelt zu bestehen.

Ausbau der digitalen Infrastruktur

Zunächst ist es erforderlich, zu klären welche digitale „Grund“ Ausstattung an jeder Schule vorhanden sein muss.

Unter einer digitalen Grundausstattung verstehen wir:

- genügend digitale Endgeräte, damit jede:r Schüler:in ein Endgerät nutzen kann
- ein Internetzugang durch Glasfaseranschluss inklusive WLAN in jedem Schulraum für die Schüler:innenschaft und Lehrer:innen
- entsprechende Sicherheitskonzepte zum Schutz der digitalen Infrastruktur, sowie hauptamtliches Personal, welches sich um Betrieb und Instandhaltung kümmert.
- durchdachtes Anwendungsportfolio, um den Schüler:innen digitales Arbeiten näherzubringen
- Serverkapazitäten im Rahmen der erforderlichen Anwendungen unter anderem der „Thüringer Schulcloud“, welche Schüler:innen und Lehrer:innen digitale Tools jederzeit zur Verfügung stellen kann

Solch eine Grundausstattung muss an jeder Thüringer Schule vorhanden sein, um eine Chancengleichheit in der Schulbildung zu erreichen und Schulen näher aneinander zu bringen, um Erfahrungen auszutauschen oder an gemeinsamen Projekten zu arbeiten.

Auf Basis dieser Erkenntnisse sollte der aktuelle Digitalpakt in Thüringen überarbeitet werden, damit allen Thüringer Schulen eine digitale Grundausstattung ermöglicht werden kann. Dabei ist auch die Nutzung des Digitalpakts neu zu gestalten, da Thüringer Schulen zum Teil kaum die finanzielle Unterstützung nutzen und nur durch Selbstfinanzierung digitale Infrastrukturen aufbauen konnten bzw. können.

Durch die aktuell mangelnde Ausstattung von Anwendungssoftware auf den bereitgestellten digitalen Endgeräten können Lehrer:innen digitale Lernmethoden nicht in vollen Umfang nutzen. Aus diesem Grund muss ein Portfolio von Basisanwendungen, wie zum Beispiel Office-Programme durch Unterstützung der Lehrer:innen erfolgen und zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren sollte die Kontrolle und Verteilung von Anwendungssoftware flexibel erfolgen, sodass von Lehrer:innen benötigte Individualsoftware beantragt und installiert werden kann.

Damit die Digitalisierung in Schulen erfolgreich durchgeführt werden kann, müssen in Zukunft die Meinungen der Lehrer:innen stärker in die Gestaltung miteinbezogen werden.

Auch bei der Gestaltung der „Thüringer Schulcloud“ ist es wichtig, dass sowohl Schüler:innen als auch Lehrer:innen mehr Mitbestimmung erhalten, damit eine bessere Verwaltung von Projekten und eine einfachere Kommunikation durch die „Schulcloud“ in Zukunft ermöglicht werden kann.

Anhand der Corona-Pandemie hat sich herausgestellt, dass durch die Digitalisierung neue administrative Aufgaben und somit auch neue Herausforderungen in den Schulen entstehen. Hierbei benötigen Lehrer:innen mehr Unterstützung durch die Thüringer Medienzentren, welche für die Beratung in Fragen der Mediennutzung an Schulen zuständig sind. Damit in Zukunft genügend Ansprechpartner:innen für Lehrer:innen zur Verfügung stehen, muss ein Ausbau der Medienzentren erfolgen.

Medienkompetenz der Lehrer:innen

Um Schüler:innen eine moderne Schulbildung zu ermöglichen, benötigen Lehrer:innen neben der Kompetenz in der Unterrichtung des klassischen Lehrstoffs auch eine aktuelle Medienkompetenz. Hierbei ist unser Ziel, dass Lehrer:innen digitale Werkzeuge und Methoden verstehen und im Schulalltag anwenden können. Auch Themen, wie Datenschutz oder Cybersicherheit haben in den letzten Jahren

stark an Bedeutung gewonnen und müssen durch Fortbildungen gelehrt werden.

Damit eine Chancengleichheit in der Bildung bestehen bleibt, müssen bestimmte Aus- und Weiterbildungen an allen Thüringer Schulen pflichtgemäß durchgeführt werden. Dies wurde während der Corona-Pandemie unter anderem für das Anwenden der „Thüringer Schulcloud“ erfolgreich durchgesetzt und sollte weitergeführt werden.

Da in der digitalen Welt fortlaufend neue Produkte entwickelt und verbessert werden, müssen auch entsprechende Aus- und Weiterbildungen regelmäßig für Lehrer:innen angeboten werden.

Die regelmäßige Teilnahme an Aus- und Weiterbildungen für Lehrende im Bereich Digitalisierung beansprucht Zeit und Kosten. Dies muss in Zukunft bei der Zusammenstellung von Fördergelder beachtet werden.

Medienkompetenz der Schüler:innen

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Schüler:innen besser auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet werden müssen. Dabei benötigen Schüler:innen neben der Möglichkeit auf die Nutzung eines digitalen Arbeitsplatzes auch ein ausreichendes Grundverständnis über das Arbeiten mit digitalen Endgeräten.

Für uns bedeutet ein digitales Grundverständnis ein ausreichendes Wissen über die aktuellen Möglichkeiten, Gefahren und Schutzmaßnahmen durch Arbeiten mit digitalen Endgeräten.

Für die Jusos Thüringen wird dieses Wissen nicht genügend im Schulunterricht vermittelt. Um die Medienkompetenz an Schulen stärker zu integrieren, muss der Unterrichtsinhalt klassischer Schulfächer angepasst oder ein Konzept für ein neues Schulfach zur Bildung der Medienkompetenz ausgearbeitet werden.

Begründung

erfolgt mündlich

C19NEU Corona und wie weiter? Keine Rückkehr zum „Business as usual“!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Seit dem Ausbruch der Corona Pandemie 2020 ist dieses Sommersemester das Erste, das ohne größere Einschränkungen stattfinden kann. Es ist erfreulich, dass das studentische Leben wieder an die Hochschulen zurückkehrt und soziale Kontakte und universitäre Veranstaltungen wieder in Präsenz stattfinden können.

Jedoch hat die Corona-Zeit neben den verheerenden Auswirkungen für die Studierenden, die unter anderem in unserer Kampagne „Studieren am Limit“ adressiert wurden, auch gezeigt, dass in der Gestaltung eines Studienablaufs plötzlich Dinge möglich sind, die vorher undenkbar schienen: Freiversuche, Aussetzung der Regelstudienzeit, angepasste Prüfungsfristen, aufgezeichnete Online-Vorlesungen und vieles mehr.

Für die meisten Thüringer Hochschulen heißt die Rückkehr zur Präsenzlehre, auch die Rückkehr zum „Business as usual“. Dozierenden, die beispielsweise weiter hybride Lehre oder Online-Kurse anbieten wollen, wird dies häufig nur in Ausnahmefällen gestattet, obwohl sich dadurch auch viele Vorteile ergeben: unter anderem die Möglichkeit, wichtige Inhalte aus Vorlesungen wiederholt anzusehen, um diese besser zu verinnerlichen oder Lernstoff bei Krankheitsausfällen einfacher nachholen zu können. Weiterhin bieten hybride Lehrangebote insbesondere Studierenden mit Kindern die Möglichkeit, ihren Tagesablauf flexibler zu gestalten.

Zudem hat die Pandemie auch gezeigt, dass ein Studium auch ohne den brutalen Druck durch Modulfristen, begrenzte Anzahl von Versuchen bei Prüfungen oder Regelstudienzeit möglich ist. Diese Errungenschaften müssen beibehalten werden!

Daher fordern wir:

- das weitere Anbieten von Teilen der Veranstaltungen im Hybrid- oder Online-Format.

- die Wiedereinführung von Freiversuchen.
- die Abschaffung von Regelstudienzeit und Langzeitstudiengebühren.
- die flexiblere Gestaltung von Studienordnungen.
- und die flächendeckende Möglichkeit zur Prüfungsabmeldung bis 24 Stunden vor Prüfungsbeginn.
- auf Veranstaltungen der Juso-Landes- und Bundesebene bei denen Workshops/Seminare angeboten werden, sollen insbesondere männlich gelesene Jusos aus Thüringen immer auch Workshops/Seminare zum Thema Feminismus besuchen, sofern mehrere angeboten werden

Begründung

erfolgt mündlich

C20 Aus gegebenem Anlass: Finger weg von der Hochschul-Finanzierung!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Deutschland bleibt schon lange hinter den selbst- und in der EU geleisteten Versprechungen zurück: Bereits 2008 ist auf dem Dresdner Bildungsgipfel von Bund und Ländern das Ziel ausgerufen worden, bis 2015 mindestens 10 % des BIP für Bildung (7 %) und Forschung (3 %) auszugeben. Stattdessen werden in Deutschland nur 4,3 % des BIP für Bildung aufgebracht.

Die Situation an den Thüringer Hochschulen hat sich durch den neuen Landeshaushalt zusätzlich dramatisch verschlechtert. Bei den Haushaltsverhandlungen der Regierungsparteien Linke, SPD und Grüne mit der fundamentaloppositionellen CDU wurde einerseits der gleiche Gesamtumfang wie 2021 festgelegt, während andererseits die CDU eigene Projekte durchgedrückt hat.

Dadurch sind alle bisherigen Finanzierungen des Landes zu einer Globalen Minderausgabe (GMU) von 330 Mio. € gezwungen. Die Thüringer Hochschulen erhalten in diesem Rahmen im Jahr 2022 27,5 Mio. € (ca. 5 %) weniger Landesmittel, als sie bereits langfristig zugesichert bekommen haben. Auch 2023 sind sie mit weiteren Globalen Minderausgaben belegt.

Alle Thüringer Hochschulen sind von diesen Ausfällen, abhängig von ihrer Größe und ihrem bisherigen Budget, betroffen (FSU Jena: -10,4 Mio. €, DH Gera-Eisenach -0,7 Mio. €). Vor allem zahlreiche eingeplante und zum Teil dringend benötigte Sanierungs- und Bauvorhaben werden durch die Kürzungen an allen Hochschulstandorten verschoben oder abgebrochen.

Besonders die Universität Erfurt ist durch massive finanzielle Defizite in ihrer derzeitigen Form existenzbedroht. Die gekürzten Landeszuschüsse in Höhe von -2,8 Mio. € 2022 und -1,4 Mio € 2023 treffen hier mit den explodierenden Baukosten für einen Forschungsneubau zusammen. Ursprünglich war hierbei ein Eigenanteil von 3 Mio. € kalkuliert. Da sich die Gesamtkosten jedoch von 11 Mio. € auf 20 Mio. € gesteigert haben und alle Mehrkosten durch die Universität allein gestemmt werden müssen, hat sich der Eigenanteil auf 12 Mio. € vervierfacht.

Daher wurde ein massives Sparvorhaben aufgesetzt. Dieses beinhaltet einen

Einstellungsstopp für jegliche wissenschaftliche Mitarbeiter*innen (inkl. Elternzeitvertretungen) und eine Aussetzung der Promotionsstipendien bis 2025 sowie Budgetkürzungen für die Bibliotheken, Forschungseinrichtungen und externe Lehraufträge.

Der gesamte Thüringer Forschungsstandort, vor allem die Universität Erfurt, ist durch die Kürzungen konkret bedroht. Auch die Lehre an den Hochschulen verschlechtert sich nach den jetzigen Plänen bereits in ihrem Umfang und ihrer Vielfalt. Es besteht akuter Handlungsbedarf, um Folgeschäden für die nächsten Jahrzehnte zu vermeiden und Thüringen als attraktives Hochschulland zu sichern.

Darum fordern wir:

- eine lang- und kurzfristige Gewährleistung zur Ausfinanzierung der Thüringer Hochschulen im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung 2030.

- einen Ad-hoc-Ausgleich der akuten Kürzungen an Forschung & Lehre in Thüringen durch einen Nachtragshaushalt, vor allem zur Sicherung für bedrohte Arbeits- und Promotionsstellen an den Thüringer Hochschulen.

- eine grundlegende Überwindung der bisherigen Sparpolitik an Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Hochschulen müssen eine sichere und angemessene Ausstattung mit Personal, Räumlichkeiten und Material gewährleistet haben.

Begründung

erfolgt mündlich

D1NEU Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung - Antrag auf Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung

Antragsteller*in: Juso-Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Wir solidarisieren uns mit der „Kieler Erklärung zur Stärkung der politischen Teilhabe von Gehörlosen“ des Deutschen Gehörlosen-Bundes vom 29.-30.10.2021 und schließen uns den folgenden darin enthaltenen Forderungen an:

• die politische Teilhabe von Gehörlosen auf Augenhöhe mit allen anderen Bürger:innen,

• die Änderung des § 78 Absatz 1 und 5 SGB IX wie folgt:

(1) Zur selbstbestimmten und eigenständigen Bewältigung des Alltages einschließlich der Tagesstrukturierung werden Leistungen für Assistenz erbracht. Sie umfassen insbesondere Leistungen für die allgemeinen Erledigungen des Alltags wie die Haushaltsführung, die Gestaltung sozialer Beziehungen, die persönliche Lebenspla-nung, die Teilhabe am gemeinschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, die Freizeitgestaltung einschließlich sportlicher und ehrenamtlicher Aktivitäten sowie die Sicherstellung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verord-neten Leistungen. Sie beinhalten die Verständigung mit der Umwelt in diesen Bereichen.
(5) Leistungsberechtigten Personen, die ein Ehrenamt ausüben, sind angemessene Aufwendungen für eine notwendige Unterstützung zu erstatten, soweit die Unterstützung nicht zumutbar unentgeltlich erbracht werden kann. Die notwendige Unterstützung soll hierbei vorrangig im Rahmen familiärer, freundschaftlicher, nachbarschaftlicher oder ähnlich persönlicher Beziehungen erbracht werden. Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen sind die für die Ausübung eines Ehrenamtes erforderlichen Kommunikationshilfen, insbesondere Gebärdensprachdolmetscher:innen oder andere Formen/Angebote professioneller Kommunikationsunterstützung als Leistung zu gewähren.

• die Streichung der Formulierung „aus besonderem Anlass“ in § 82 SGB IX bei den „Leistungen zur Förderung der Verständigung“ und

• die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensabhängigkeit von Leistungen zur

29 Sozialen Teilhabe (Wegfall der Einkommens- und Vermögensgrenzen)

Begründung

Menschen mit Behinderung in Deutschland sind im kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich immer noch benachteiligt, dabei sind nach dem Grundgesetz alle Menschen gleichberechtigt. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe in diesen Bereichen und zwar im gleichen Maße wie Menschen ohne Behinderung. Mit der Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) hat sich der Deutsche Bundestag zur Garantie dieser Teilhabe per Gesetz verpflichtet. Menschen mit Hörbehinderung (Gehörlos, Taube und Schwerhörige) haben ein Recht auf Hilfsmittel für Kommunikationsmöglichkeiten wie Übersetzungen durch Gebärdensprachdolmetscher. Der Bund soll daher im Bundesteilhabegesetz ändern, dass Menschen mit Hörbehinderung die Kosten für ihre politischen und ehrenamtlichen Aktivitäten erforderlichen Kommunikationshilfen als Assistenzleistung nach § 78 SGB IX erstattet bekommen.

E1 Putin die Grenzen aufzeigen!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Putins Krieg, Putins Verantwortung

Europa ist im Krieg. Europa ist im Krieg um die Demokratie und die Freiheit. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine hat Putin die halbwegs friedliche Koexistenz demokratischer Staaten und dem autokratischen Russland vollends beendet. Die neo-imperiale und neo-autokratische Motivation des Kremls, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu planen und letztlich durchzuführen, sind durch nichts zu rechtfertigen. Mit dem Einmarschbefehl hat Putin die Schuld für den Tod mehrerer zehntausender Menschen und für unermessliches Leid durch Flucht, Vertreibung und Kriegsverbrechen auf sich und sein Regime geladen. Das ist unverzeihlich und darf niemals ungesühnt bleiben. Die persönlich Verantwortlichen müssen in einem gerechten und freien Verfahren unter Achtung des Völkerrechts vor internationalen Gerichten für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir stellen fest:

- Die russische Führung ist für das Leid in der Ukraine verantwortlich.
- Der russische Überfall auf die Ukraine ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen die Menschlichkeit.
- Die russischen Streitkräfte begehen Kriegsverbrechen.

Wir fordern:

- die persönlich Verantwortlichen für diesen Krieg müssen in fairen und gerichtlichen Verfahren, unter Achtung geltender völkerrechtlicher Verträge zur Rechenschaft gezogen werden.

- die Aufarbeitung der bisherigen östlichen Nachbarschaftspolitik Deutschlands und insbesondere der SPD. Schwerwiegende Fehleinschätzungen hinsichtlich des russischen Regimes mit Blick auf seine Aggressivität müssen mit großer Selbstkritik reflektiert werden.

Die Angst des Kremls vor der Demokratie

Der russische Krieg gegen die Ukraine, der seit 2014 jedes Jahr Menschen das Leben kostet und die Ukraine daran hindert, sich wirtschaftlich und gesellschaftlich zu entfalten, ist der finale Ausdruck der Schwäche des autokratischen Systems in Moskau. Spätestens seit 2007 versucht Putin mit einer aggressiven völkerrechtswidrigen Außenpolitik in seiner Nachbarschaft und darüber hinaus ein korruptes, autokratisches, oligarchisches System zu sichern. Das politische System Russlands unter Putin lebt einzig und allein davon, dass wenige feudalherrschaftlich anmutende Oligarch:innen mit Vetternwirtschaft und Korruption den russischen Boden und die russische Bevölkerung ausbeuten, um sich zu bereichern. Wer sein Land dermaßen ausbeutet, hat zu Recht Angst davor, dass sich die Ausgebeuteten im In- und Ausland dagegen wehren. Aus purer Angst sich nicht weiter durch die Ausbeutung Russlands ins Unermessliche bereichern zu können, werden Menschen, die sich dieser Ungerechtigkeit entgegenstellen von den Schergen der Kleptokrat:innen, ermordet, verhaftet oder anderweitig unterdrückt. Die heimtückischen Mordanschläge auf Oppositionelle sind nur ein grausames Beispiel unter vielen für die Methoden des Kremls. Die russische Führung ist, wie der Einsatz von Nowitschok (Nervengift) nach innen und die rücksichtslose Kriegsführung in der Ukraine nach außen zeigen, bereit, alles zu tun, um ihre Macht und ihr Ausbeutungssystem zu sichern.

Wir stellen fest:

- Russland unter Putin ist eine Gefahr für die internationale Sicherheit und den Frieden in der Welt. Das Regime ist erklärte Feindin all unserer Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

- Die russische Führung hat Angst davor Geld und Macht zu verlieren, wenn die Bevölkerung grundlegende politische Freiheiten und bürgerliche Rechte erhält.

- Jede Form von Demokratiebewegung in Russland oder in seiner direkten Nachbarschaft stellt eine Bedrohung für das kleptokratische politische System dar. Demokratisierungsbewegungen in der russischen Nachbarschaft haben gezeigt, dass kremltreue Regime von Ihrer Bevölkerung vertrieben werden, wenn sie die Freiheit bekommen über ihre Herrscher:innen in freien

Wahlen entscheiden zu dürfen.

- Je mehr ehemalige (Nachbar-)Staaten sich von einem korrupten System mit Ablaufdatum abwenden, umso geringer werden die Renditen für die kleptokratische Elite und sie sieht sich genötigt, wie Verbrecher:innen Geld und Renditen von Nachbarstaaten zu erpressen oder sie sich mit Gewalt zu holen.

Unsere Antwort auf die neo-imperialen und neo-autokratischen Ausbeutungen

Die Antwort auf die aggressiven und korrupten Ausbeutungsinteressen der russischen Oligarchie muss auf dem entschiedenen Einstehen und Verteidigen unserer Werte basieren. Russlands aggressive Führung ist einzig daran interessiert, ihren obszönen Reichtum zu vermehren und wird deshalb niemals mit ihrem Streben nach mehr Reichtum durch Ausbeutung aufhören. Um die Ausbreitung des russischen Neo-Imperialismus und der darauffolgenden Unterdrückung entgegenzutreten, müssen wir bedrohte Staaten vor Russland schützen. Dies gelingt uns am besten, indem wir die Staaten bei ihrem Wandel zu stabilen und resilienten Demokratien unterstützen. Je demokratischer und resilienter Staaten sind, umso schwerer haben es Oligarch:innen mit korrupten Deals Einfluss zu nehmen und ihr kleptokratisches System der Unterdrückung der Vielen und die Privilegien der ganz Wenigen zu exportieren.

Wir fordern:

- den Beistand der internationalen Gemeinschaft für die Staaten, Regionen bzw. deren Bevölkerung, die von russischen Aggressionen betroffen sind.

- die demokratische Stärkung von Staaten, die durch Russland bedroht werden. Dies kann durch die Ausweitung von Integrationsbemühungen, etwa durch die Ausweitung von Demokratieförderungsprogrammen der europäischen Nachbarschaftspolitik gelingen.

- die prekäre sicherheitspolitische Lage von russischen Nachbarstaaten nicht weiter zu ignorieren und Staaten, die in Gefahr sind, russische Gewalt aufgezwungen zu bekommen, wehrfähig zu machen. Das beinhaltet militärische Kooperationen in allen konventionellen Dimensionen der Kriegsführung, außer der direkten Beteiligung von Bündnisstreitkräften an Kampfeinsätzen.

- die Freiheit für Staaten zu garantieren, ihre Bündnisse selbst zu wählen zu können. Wir dürfen nicht mehr aus vermeintlicher Rücksicht auf russische, sicherheitspolitische Beschwerden Bündnisbeitritte kategorisch ausschließen. Gleichermaßen dürfen Bündnisbeitritte immer nur unter Berücksichtigung der in den Bündnisverträgen festgelegten Verfahren erfolgen, sodass eine Integrationskapazität und Bündnisstabilität gewährleistet bleiben kann.

- die gezielte Verhinderung der Renditenmaximierung der russischen Elite, indem wir ihr korruptes Handeln sanktionieren und ihre neo-imperiale Ausbreitung durch gezielte schwerwiegende Sanktionen verhindern. Effektivstes Mittel ist die Verhinderung von Geldströmen nach Russland in die Taschen der Oligarch:innen.

- die gezielte und schnelle Abwendung von russischen Rohstoffimporten zur Verhinderung der weiteren Querfinanzierung der russischen Kriegsführung.

- kurzfristige Erleichterungen für politisch und gesellschaftlich Verfolgte aus Russland und Belarus, in Deutschland bzw. der EU Asyl zu beantragen.

Europäische Perspektive für Russland

Überdies bleibt festzuhalten, dass wir im Sinne unserer internationalistischen Ausrichtung weiterhin das Ziel weltweiten Friedens und weltweiten Wohlstands verfolgen. Russland in Gänze war und ist nicht “der Feind”. Es sind die russischen Eliten, das Militär, die Wirtschaft und Medien, die fast vollständig durch regimetreue Personen geleitet werden, die große Teile der Bevölkerung für ihre kleptokratischen Interessen missbrauchen. Bedenklich ist jedoch, wie viele Menschen dem Kurs des russischen Regimes zu folgen scheinen. Trotz alledem wird eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland und der russischen Zivilgesellschaft immer unser Ziel bleiben. Ein demokratisches und friedliches Russland könnte einen der weitreichendsten Beiträge zur Erreichung einer friedlicheren und gewaltfreieren Welt liefern. Nichtsdestotrotz können und werden die Gräueltaten des Kremls nicht ungesühnt bleiben. Russland darf erst wieder auf gewinnbringende Kooperationen mit der EU, NATO oder Deutschland hoffen, wenn es sich wieder zu den grundlegendsten Prinzipien des Völkerrechts und der Menschlichkeit bekennt. Die Jus post bellum darf unter gar keinen Umständen mit Gewalt diktiert werden. Eine Nachkriegsordnung in der geteilten Nachbarschaft der EU und Russlands darf einzig und allein auf Basis bindender Friedensverträge organisiert werden. Verhandlungen über eine Nachkriegsordnung in Europa kann es allerdings nur geben, wenn Russland bereit ist, Konflikte ohne Zwangsandrohungen

in Verhandlungen zu lösen. Erst wenn Russland den Pfad der Gewalt verlässt, kann es und soll es eine Annäherung geben. Diesbezüglich sehen wir Russland nach seinem Überfall auf die Ukraine und als Verursacher von Gewalt und Leid in der Bringschuld.

Wir fordern:

- den Rückzug aller russischen Truppen, die völkerrechtswidrig im postsowjetischen Raum stationiert sind. Insbesondere fordern wir einen sofortigen Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau.

- die Rückgabe aller durch Russland völkerrechtswidrig annektierten Gebiete.

- ein Bekenntnis der russischen Führung zu Frieden, Freiheit und Demokratie als friedenssichernde Grundlage für den Frieden in Europa.

- die Beteiligung Russlands und der russischen Eliten am Wiederaufbau von Regionen, die durch russische Angriffe zerstört worden sind.

Begründung

erfolgt mündlich.

F1 Schwangerschaftsabbrüche zugänglicher und sicherer gestalten

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Jeder Mensch hat das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Entsprechend müssen Schwangere die Wahlfreiheit darüber haben, ob sie die Schwangerschaft fortführen oder beenden wollen.

Neben dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch braucht es aber auch Ärztinnen und Ärzte, die einen Abbruch in der Praxis umsetzen können.

In Thüringen sind das allerdings nur 13 Praxen, davon 6 Kliniken, vornehmlich in Nord- und Mittelthüringen. Damit kann nicht jede Person diesen medizinischen Eingriff ohne große zeitliche, geographische, wie finanzielle Hürden in Anspruch nehmen.

Aus dieser Situation leiten die Jusos Thüringen zwei Forderungen ab:

1. Schwangerschaftsabbrüche in staatlichen Kliniken, insbesondere Unikliniken

Es müssen in jedem staatlichen Klinikum Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden können. Als Eingriff der medizinischen Grundversorgung muss dieser Eingriff auch hier angeboten werden.

2. Ausbildung

Damit Schwangerschaftsabbrüche in mehr medizinischen Einrichtungen durchgeführt werden kann, müssen mehr Ärztinnen und Ärzte in der Lage sein diesen Eingriff durchzuführen. Deswegen ist es von besonderer Wichtigkeit, dass alle Medizinstudentinnen und -studenten das theoretische Grundwissen des Eingriffs erlernen.

Außerdem sollen in der Facharztausbildung zur Gynäkologin oder zum Gynäkologen eine praktische Schulung erfolgen, sodass alle Fachärzte und Fachärztinnen theoretisch wie praktisch in der Lage sind einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen.

Des Weiteren fordern die Jusos Thüringen, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, um die Forschung und Zulassung nach einem Mittel zum Abbruch der Schwangerschaft durch Medikamentenverabreichung voranzutreiben. Die bisherigen Mittel, wie zum Beispiel Cytotec, waren ursprünglich nicht zum gezielten Schwangerschaftsabbruch bestimmt und wurden nur ohne Zulassung, von wenigen Ärztinnen und Ärzten, im sogenannten „off label use“ verwendet.

Da medikamentöse Abbrüche allerdings mit weniger Komplikationen und in der Durchführung diskreter verlaufen als operative Abbrüche, sollte die Forschung hier nach Möglichkeiten suchen, die die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Frau im Hinblick auf die Beendigung einer Schwangerschaft für die Betroffenen leichter zugänglich macht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

F3NEU2 Die SPD Thüringen ist kein Männerverein!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Wir Jusos Thüringen sagen der toxischen Männlichkeit in der SPD Thüringen den Kampf an und werden den männlich dominanten Verhaltensmustern und Strukturen noch entschlossener gegenübertreten. Wir setzen uns noch stärker dafür ein, eine bessere Vernetzung aller FINTA*-Personen in unserem Landesverband zu ermöglichen und den Männern ihre Toxizität zu spiegeln und diese zu unterbinden.

Deshalb ist es notwendig, dass auf allen künftigen Landesparteitagen der SPD Thüringen ein FINTA*-Plenum und zugleich ein Männer-Plenum abgehalten wird. Kann dieses Ziel nicht im SPD-Landesvorstand erwirkt werden, stellen wir als Jusos Thüringen solch einen Antrag auf dem nächsten Landesparteitag.

Darüber hinaus unterstützen wir das neu ins Leben gerufene Awareness-Team der SPD Thüringen bei seiner Arbeit. Wir stärken gemeinsam FINTA*-Vernetzungsstrukturen, leisten Aufklärungsarbeit durch Workshops und Seminare und werden niemals müde, männlich dominantes Verhalten aufzuzeigen und zu bekämpfen. Wir entwickeln zusammen Konzepte, wie dies auch in den einzelnen SPD-Kreisverbänden gelingen kann und etablieren ein Beschwerdemanagement, über das toxisch männliches Verhalten nicht nur gemeldet, sondern auch sanktioniert wird.

Begründung

erfolgt mündlich

G2 Geburtsbedingungen für Haus- und Klinikgeburten verbessern

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

Wir sprechen uns für verbesserte Geburtsbedingungen im klinischen Setting und bessere Wahlmöglichkeiten zwischen Geburtssettings, sowie für finanziell erleichterte Arbeitsbedingungen freiberuflicher Hebammen aus.

Schwangere in Deutschland entscheiden sich in der Regel für eine Klinikgeburt, eine Geburt im Geburtshaus oder eine Hausgeburt. Dabei haben Klinikgeburten den Vorteil, im Fall einer Komplikation oder bei dem Wunsch nach Schmerzmitteln direkt intervenieren zu können. Geburtshäuser und Hausgeburten zeichnen sich üblicherweise durch eine 1-zu-1-Betreuung durch eine Hebamme aus sowie die Garantie auf eine Wassergeburt nach Wunsch. Auch müssen hier weniger Ortswechsel unter der Geburt stattfinden als bei Klinikgeburten, was sich stressmindernd auf die Geburt auswirken kann. Intensive Betreuung, die Nutzung von Wasser und weniger Stressoren unter der Geburt wirken sich positiv auf Geburtsverläufe aus, sodass es in der Folge zu weniger starken Geburtsverletzungen und positiveren Erinnerungen an die Geburt kommen kann.

Geburtshaus- und Hausgeburten können jedoch nur bei einer komplikationslosen Schwangerschaft stattfinden. Mehrlingsschwangerschaften, bestimmte Vorerkrankungen oder plötzliche Veränderungen der Situation (z. B. wenn sich das Kind nicht mehr rechtzeitig dreht) schließen die Möglichkeit einer Geburtshaus- oder Hausgeburt aus.

Wir fordern, dass auch Schwangere, die durch gesundheitliche, geographische oder sonstige Gründe nicht die Möglichkeit haben, im Geburtshaus oder zu Hause ihr Kind zu gebären, oder die sich aus freien Stücken für eine Klinikgeburt entscheiden möchten, auch in der Klinik die gesundheitsfördernden Bedingungen von Geburtshaus oder Hausgeburt vorfinden:

- Eine Badewanne pro Kreissaal und darüberhinausgehende an Geburtshäuser angeglichene Ausstattung in den Kreissälen

- Eine Hebamme pro Schwangere

- Genügend Zeit: Schwangere sollten die Möglichkeit haben, sich von den Anfangswehen bis nach der Geburt im selben Kreissaal aufzuhalten. Auf diese Weise entstehen keine zusätzlichen Stressoren durch Orts- und Raumwechsel während der Geburt, was das Risiko auf Geburtsverletzungen verringert.

Für Schwangere, die sich für eine Hausgeburt entscheiden sowie solche, die eine Beleghebamme wünschen, werden mehr freiberufliche Hebammen gebraucht. Es entscheiden sich jedoch aus finanziellen Gründen zu viele Hebammen dagegen, freiberuflich zu arbeiten oder freiberuflich Geburten durchzuführen: Die Haftpflichtversicherung für freiberufliche Hebammen kostet knapp 10000 Euro im Jahr bei im Vergleich zu den Versicherungskosten nicht angemessenen Gehalt. Wir sprechen uns daher für die Übernahme eines Großteils der Haftpflichtversicherungskosten freiberuflicher Hebammen durch den Staat aus. Voraussetzung für die Kostenübernahme könnten ggf. Nachweise regelmäßiger Fortbildungen sein, sodass eine qualitativ hochwertige Arbeit gewährleistet ist.

Begründung

Erfolgt mündlich.

G4NEU Anerkennung Nachweis ukrainischer Impfnachweise/ Impfpässe

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Jusos Thüringen fordern die Anerkennung von ukrainisch sprachigen Impfnachweisen gegen Masern in Gemeinschaftseinrichtungen, wenn diese die im Sinne des Masernschutzgesetzes erforderlichen Impfungen belegen und als weiteren Schritt die vereinfachte und kostenlose Übertragung in einen deutschen Impfausweis für die langfristige Vereinfachung.

Begründung

Im Rahmen des Masernschutzgesetz (§20 IfSG) ist festgelegt, dass Personen, die eine Gemeinschaftseinrichtung nach §33 IfSG, also bspw. eine Kita oder Schule besuchen, einen Immunitätsnachweis gegen das Masernvirus vorlegen müssen. Festlegungen zur Sprache des Nachweises sind im Infektionsschutzgesetz nicht getroffen worden. Wir haben im Unstrut-Hainich-Kreis jedoch die Erfahrung gemacht, dass mehrere Schulen die ukrainisch sprachigen Impfnachweise nicht anerkannt haben. Nach einer Masern-Epidemie in der Ukraine in den frühen 2010ern fand in den letzten Jahren eine sehr erfolgreiche Impfkampagne in der Ukraine statt, sodass mittlerweile sehr hohe Impfquoten vorliegen; das Vorliegen eines Impfschutzes war zudem auch in der Ukraine Voraussetzung für den Schulbesuch. Eine Übertragung des ukrainischen Impfnachweises in einen deutschen Impfausweis ist bspw. In Gesundheitsämtern möglich und neben einem erheblichen organisatorischen Aufwand und der damit verbundenen Zeitverzögerung beim Eintritt in die Gemeinschaftseinrichtung mit Kosten von 5-10€ pro Nachweis verbunden. Die Gesundheitsämter, die Impfnachweise übertragen können, sind derweil aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie sowie angesichts der Pandemie liegengebliebener weiterer Pflichtaufgaben erheblich belastet. Wir fordern die Anerkennung der ukrainisch sprachigen Impfnachweise durch die Gemeinschaftseinrichtungen, um einen schnellen und unkomplizierten Eintritt der betroffenen Kinder in Gemeinschaftseinrichtungen zu ermöglichen, die Familien finanziell zu entlasten und gleichzeitig auch im öffentlichen Gesundheitsweisen eine Entlastung zu ermöglichen.

G5NEU2 Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Problemstellung:
Um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum steht es schlecht. Besonders im nicht urbanen Raum fehlen Fachärzt:innen und Psychotherapeut:innen gleichermaßen. Das Ungleichgewicht zwischen der Verteilung dieser in Städten und auf dem Land stellt eine massive Ungerechtigkeit dar, die letztlich tödlich enden kann. Die Schwelle, ärztliches oder psychotherapeutisches Fachpersonal aufzusuchen, steigt mit sinkender Mobilität und steigendem Alter und wirkt sich negativ auf die Gesundheit und die Lebensdauer aus.

Nicht nur das Stadt-Land-Gefälle sorgt für eine Unterversorgung der Bevölkerung, vor allem auch Unterschiede zwischen Ost und West markieren eine deutliche schwächere Gesundheitsversorgung in den neuen Bundesländern. Laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung befindet sich der gesamte Osten Deutschlands in einem Defizit bezüglich der ärztlichen und psychotherapeuthischen Versorgungslage.

Die Jusos Thüringen fordern:

1. Kommunen (ins. Gemeinden) sollten in Dörfern für einen möglichen Praxisinhaber, der über eine Niederlassung im ländlichen Raum nachdenkt, grundsätzlich per Gesetz zentrale Praxisräume (z.B. im Gemeindehaus usw.) zur Verfügung für medizinische Zwecke haben müssen.

2. Eine kommunal organisierte Mitfahrgelegenheit (z.B. durch örtliche/regionale Taxiunternehmen oder Unternehmen des ÖPNV) muss für Gemeinden, in der keine niedergelassene Arzt:in tätig ist, eingerichtet werden. Ebenfalls muss, über die genannten Punkte wie Taxiunternehmen etc. kommunal ein Fahrdienst zum nächsten Allgemeinkrankenhaus sowie zu fachärztlicher Betreuung eingerichtet werden.

G6 Endlich genug Geld für Thüringer Krankenhäuser

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Wir fordern das Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und weitere an der Krankenhausplanung und Aufstellung des Investitionsprogramms entsprechend Thüringer Krankenhausgesetz (ThürKHG) beteiligte Akteure auf, Krankenhäuser im Landeskrankenhausplan des Freistaats Thüringen kostendeckend und zukunftsfähig zu finanzieren und wenn nötig entsprechend gesetzliche Grundlagen anzupassen. Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion zum Einsatz für eine kostendeckende Krankenhausfinanzierung auf.

Hierzu müssen Fördersätze erhöht, Projekte durch die Einzelförderung leichter genehmigt und Antragsprozesse vereinfacht werden. Häufig werden bei der Vergabe von Investitionsfördermitteln andere Investitionsquellen seitens der Krankenhausträger, auch Fremdkapital, einkalkuliert. Dies führt zu einer geringeren Teilförderung; der Rest muss durch den Krankenhausträger finanziert werden. Aus diesem Grund muss bei Einzelförderungen vollständige Kostendeckung vom Land zur Verfügung gestellt werden.

Grundlage der Krankenhausfinanzierung ist das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

Ziel und Zweck des Gesetzes ist die “wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser, um eine qualitativ hochwertige, patienten- und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen digital ausgestatteten, qualitativ hochwertigen und eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern zu gewährleisten” (§ 1 Abs. 1 KHG). Die Bundesländer kommen jedoch den Verpflichtungen zur Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionskosten schon jahrzehntelang nicht im erforderlichen Umfang nach. Laut der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) erhöhten sich die bereinigten Kosten der Krankenhäuser seit 1991 bis 2020 auf das 2,69-fache, der reale Wert der Investitionsfinanzierung sank aber um 45 %, in Thüringen sogar um 71 %.

Aus diesem Grund muss die Investitionsfinanzierung mindestens auf das Doppelte oder sogar das Dreifache der derzeitigen Förderung angehoben werden, damit der

über Jahre aufgebaute Investitionsstau aufgeholt und das oben genannte Ziel im Ansatz erfüllt werden kann. Ebenso unerlässlich ist eine gute Gesundheitsplanung. Sie muss bedarfsgerecht erfolgen. Wenn Krankenhäuser bedarfsnotwendig sind, gehören sie in den Landeskrankenhausplan. Kein Krankenhaus darf aus betriebswirtschaftlichen Gründen geschlossen werden; ebenso wenig darf eine Reduktion der Bettenzahl erfolgen.

In Thüringen müssen die Kommunen einen Beitrag zur Krankenhausfinanzierung leisten.

Die Kommunen sollten zudem ein Mitbestimmungsrecht bei der Krankenhausplanung für Kommunen und Kreise besitzen. Im Bereich der Bedarfsplanung müssen Stimmen auf kommunaler Ebene ein Mitspracherecht haben. Hierfür sollten Planungsausschüsse implementiert werden, denen neben GKV und Krankenhausträger auch Personalvertreter:innen sowie Vertreter:innen von Patient:innen und niedergelassenen Ärzt:innen angehören sollen. Der Krankenhausplanung soll eine kreisübergreifende Planung des Versorgungsbedarfs vorausgehen.

Die unzureichende Finanzierung der Investitionskosten führen zu Verlusten, die öffentliche Träger dazu bringen, Krankenhäuser zu privatisieren. Dieser Umstand darf nicht akzeptiert werden. Wir Jusos fordern, diesen Trend umzukehren und eine Rekommunalisierung von Kliniken einzuleiten. Wenn Krankenhäuser nicht durch ein marodes Finanzierungssystem in finanzielle Not gerieten, würde privater Träger weniger Einzug in den Krankenhaus-”Markt” haben. Forderungen nach einer monistische Finanzierung durch die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) und eine Kalkulation der Investitionskosten über “Invest-DRGs” erteilen wir eine klare Absage.

Uns ist bewusst, dass kleinere Kliniken bestimmte Eingriffe nicht mit der gleichen Qualität erfüllen können wie größere, stärker spezialisierte Häuser. Eine gute Evaluation der Versorgungsqualität ist wichtig. Bedenklich sind jedoch mögliche Konsequenzen einer geringeren Qualität wie die teilweise oder komplette Herausnahme eines Krankenhauses aus dem Landeskrankenhausplan oder die Kürzung von Investitionsfördermitteln. Solche Praktiken lehnen wir ab, da man ohne Geld keine gute Versorgung sichern kann und bloße Qualitätskriterien nicht über den Versorgungsbedarf entscheiden.

Wir fordern darüber hinaus, politische Werkzeuge, die auf Minderausgaben und Austerität ausgerichtet sind, kritisch in Frage zu stellen und mehr Möglichkeiten für gute Krankenhausfinanzierung zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. Die mangelnde Bereitschaft zur Investitionsförderung besteht durchaus auch an anderer Stelle. Äquivalent zur Krankenhausfinanzierung bedarf es unter anderen auch einer kostendeckenden Finanzierung von Pflegeeinrichtungen seitens der Länder, damit Pflegebedürftige sich nicht durch einen hohen Eigenanteil, weil ansonsten überhaupt keine Versorgung gewährleistet werden könnte,

verschulden müssen.

Die Tatsache des “Kaputt-Sparens” der Krankenhäuser ist den Menschen in Thüringen und Deutschland bestens bekannt. Für ein nach vorne gerichtetes Gesundheitswesen auf der Basis von guter Medizin ist eine kostendeckende Finanzierung unabdingbar. Durch eine wirklich kostendeckende Krankenhausfinanzierung entsprechend des Grundsatzes der dualen Finanzierung kann Thüringen als Vorbild für andere Bundesländer fungieren, demographisch vordenken und ein Zentrum hochwertiger, flächendeckender medizinischer Versorgung sein bzw. werden. Einen wichtigen Schritt dahin wollen wir mit diesem Antrag ansprechen.

Begründung

(erfolgt mündlich)

I1NEU Zeitenwende für deutsche Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – aber in die richtige Richtung

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Jusos Thüringen fordern von der Bundesregierung eine Neuausrichtung der deutschen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Neue europäische Bündnisstrukturen bilden:

Das Ziel der deutschen Sozialdemokratie muss ein Zusammenwachsen der Europäischen Union und aller anderen europäischen Staaten sein. Europa braucht heute mehr denn je eine geeinte Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Die Gründung eines eigenständigen Verteidigungsbündnisses in Europa, in welchem alle EU-Staaten, sowie weitere europäische Staaten Mitglieder werden können, unabhängig von der NATO, sowie die Bildung einer gemeinsamen europäischen Armee muss ein vordergründiges Ziel der Bundesrepublik Deutschland sein. Hierzu bedingt es die Gründung eines eigenständigen EU-Ministerrates für Verteidigungsfragen, sowie die Gründung eines Verteidigungsausschusses im Europäischen Parlament, da eine europäische Armee zwingend eine Parlamentsarmee sein muss. Zudem muss ein gemeinsames europäisches Wehrrecht geschaffen werden.

Durch neue Bündnisse können auch neue Möglichkeiten entstehen. Einzelne Mitgliedstaaten können sich auf bestimmte Fachbereiche konzentrieren. So sollte es insgesamt das Ziel sein, dass das Budget für Militärausgaben in Europa sinkt. Mehr Waffen schaffen keinen Frieden!

Bis dieses mittel- bis langfristige Ziel erfüllt ist, muss die deutsche Bundeswehr dringend reformiert werden.

Aus Einsätzen, wie Afghanistan und Mali lernen:

Künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen auf ein Minimum reduziert werden. Langjährige Auslandseinsätze wie Afghanistan oder Mali, welche in Hinblick auf ihre ursprünglichen Ziele absolute Misserfolge waren, müssen der Vergangenheit angehören.

Umfangreiche Einsätze, welche der Sicherung und Stabilisierung einer Region oder eines Landes gelten, benötigen künftig einer strengeren und umfangreicheren Planung, welche unter anderem Zieloptionen und eine maximale Dauer, welche nach dessen Ablauf nicht wieder verlängert werden kann, beinhalten. Bereits im Vorhinein des Einsatzes muss klar feststehen, welche konkreten Ziele erreicht werden sollen. Alle zwei Jahre nach Einsatzbeginn soll eine umfassende Evaluierung der aktuellen Situation, sowie zum Stand der vorgenommenen Einsatzziele durch eine Expert:innenkommission durchgeführt werden, welche aus Parlamentsmitgliedern und fachkundigen Personen aus der Zivilgesellschaft (z.B. NGOs für Außenpolitik oder Entwicklungshilfe) besteht.

Alle aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen einer Überprüfung unterzogen werden. Sie müssen hinsichtlich ihrer Ziele und der eingesetzten Mittel noch dieses Jahr neu evaluiert werden.

Einsätze der Bundeswehr sind zudem nur dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen, wenn ein bestätigtes UN-Mandat für den Einsatz vorliegt.

Kleinere Ausbildungsmissionen oder Unterstützungen von UN-Missionen durch Beobachter*innen, wie die Missionen MINURSO in der Westsahara, UNMISS im Südsudan UNIFIL im Libanon oder KFOR im Kosovo sind weiterhin zu unterstützen. Aktuelle Missionen der Europäischen Union sind ebenfalls zu überprüfen. Ziel muss hier eine Verlagerung der Abstimmung und Überprüfung (halbjährliche Abstimmung) von EU-Missionen vom EU-Rat zum Europäischen Parlament sein.

Hauptaugenmerk der deutschen Bundeswehr soll und muss künftig der Landes- und Bündnisverteidigung gehören.

Reformierung und Grundlagen der Bundeswehr:

Die Jusos Thüringen lehnen die Anschaffung bewaffneter Drohnen entschieden ab und verurteilen die Anschaffung von 140 Raketensätzen zur Bewaffnung von Drohnen des israelischen Modells Heron TP durch die aktuelle Bundesregierung.

Die Jusos Thüringen lehnen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht strikt ab. Wir stehen für die Möglichkeit der freien Entscheidung Jugendlicher und junger Erwachsener nach dem Schulabschluss. Die Bundeswehr muss eine Berufsarmee bleiben!

Die Beschaffung in der Bundeswehr durch das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) muss grundlegend erneuert werden. Hierzu dienen folgende Punkte als Grundlagen:

- die Beschaffung von Rüstungsgütern durch das BAAINBw (Koblenz) sollte

zukünftig dezentraler gestaltet werden und so auch durch einzelne Standorte dezentrale Bestellungen ermöglichen. So können diese Standorte ortsabhängige Beschaffungsprobleme schneller lösen.

- der Schwellenwert, bis zu dem ohne Ausschreibungen innerhalb der Kasernen frei eingekauft werden kann, wurde bereits in diesem Jahr von 1000 auf 5000€ angehoben. Über eine weitere adäquate Anhebung diesen Werts kann entschieden werden.

- Das sogenannte Handgeld von aktuell 25000€ jährlich, mit dem Kommandeure einfache Ausrüstung oder Ersatzteile anschaffen dürfen, soll angehoben werden.

- Hersteller von Rüstungsgütern erhalten künftig feste Raten pro Nutzungsstunde, sind aber für Ersatzteilmanagement und Wartungskapazitäten selbst verantwortlich. So kann die Bundeswehr selbst entlastet werden. Wenn die Geräte nicht einsatzbereit sind, fließt kein Geld.

- Der Schwerpunkt der militärischen Grundausrichtung muss künftig schon in der Beschaffung auf die Landes- und Bündnisverteidigung, statt auf (offensivere) Auslandseinsatzausrüstung, ausgerichtet werden.

- Personenausrüstung muss Priorität vor der Beschaffung von Panzern, Flugzeugen oder Schiffen haben.

- Enorme Ausgaben für militärische Berater*innen (Erstes Halbjahr 2019 155 Mio. €), wie unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen müssen der Vergangenheit angehören!

- Keine Spezialanfertigungen mehr! Die Beschaffung muss künftig stärker auf standardisierte Rüstungsgüter zur Steigerung der Effizienz und Geschwindigkeit der Lieferungen umgestellt werden.

Finanzierung der Bundeswehr:

Wir erkennen an, dass eine wehrhafte Bundeswehr mit einer sachgemäßen Ausrüstung

notwendig ist. Gleichzeitig kritisieren wir das Sondervermögen von 100 Milliarden in seiner am 01.06.2022 im Bundestag beschlossenen Form. Notwendige Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes sollten nicht über Instrumente erfolgen, die dauerhaft das Haushaltsrecht des Parlaments untergraben. Die Jusos Thüringen lehnen eine Erhöhung des Verteidigungsbudget auf 2% des Bruttoinlandsprodukt (BIP) ab und unterstützen den Beschluss auf dem Juso-Bundeskongress 2021 zur Abschaffung des NATO 2% Zieles.[1]

Die Jusos Thüringen unterstützen ein einmaliges Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro, um grundlegende Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte beseitigen zu können, lehnen jedoch eine Aufnahme in das Grundgesetz ab. In der beschlossenen Form wurde ein kreditfinanzierter Nebenhaushalt im Grundgesetz verankert, welcher nach Belieben von zukünftigen Regierungen immer wieder neu aufgefüllt werden könnte. Wir kritisieren ebenso den exklusiv auf die Bundeswehr beschlossenen Verwendungszweck und plädieren für eine breitflächigere Umstrukturierung für jegliche sicherheitspolitischen Felder. Es darf nicht ausschließlich für Waffenprojekte der Bundeswehr genutzt werden.

Vielmehr soll es zur besseren Ausrüstung von Grundmaterialien der Bundeswehr, für Infrastrukturmaßnahmen, für Zivilschutzmaßnahmen, zur Verbesserung der IT-Sicherheit von deutschen Behörden und somit zum Schutz vor Cyberangriffen, für eine Aufstockung von Entwicklungshilfe und somit der Unterstützung von Auslandseinsätzen oder zur Weiterentwicklung außenpolitischer Konzepte wie feministischer Außenpolitik, genutzt werden.

Vorrangige Ziele der Jusos Thüringen sind die Absenkung von Militärausgaben und die Verringerung von zukünftigen militärischen Auslandseinsätzen. Wir möchten für eine friedlichere Welt einstehen und fordern deshalb eine deutliche Erhöhung des Etat des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Eine bessere Unterstützung vor Ort kann Konflikte auf friedliche Weise lösen bzw. am Entstehen hindern und für bessere Lebensqualität sorgen. Nach Berichten aus dem März 2022[2] sollen im laufenden Jahr sogar 1,57 Milliarden Euro weniger zur Verfügung stehen. Das Budget sinkt so von 12,4 auf 10,8 Milliarden Euro. Durch Mittel aus dem 100 Milliarden Sondervermögen sollten pro Jahr mindestens 3 Milliarden Euro für das BMZ aufgewendet werden.

Deutschlands sicherheitspolitischer Einsatz für eine friedlichere Welt:

Ein mittelfristiges Ziel Deutschlands muss eine atomwaffenfreie Welt sein. Hierzu unterzeichnete die Bundesrepublik bereits 1969 den sogenannten Atomwaffensperrvertrag (*Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons – NPT)*, welcher das Verbot der Verbreitung und die Verpflichtung zur Abrüstung von Kernwaffen zum Gegenstand hat.

In Artikel I bis III verzichten die Unterzeichnerstaaten, die nicht im Besitz von Kernwaffen sind, auf den Erwerb von Atomwaffen. Unter Artikel VI verpflichten sich die Atommächte zur vollständigen Abrüstung. Diesem Ziel kommen diese Länder jedoch kaum nach, stattdessen werden Atomwaffenarsenale ständig modernisiert .

Da dieser aktuelle Vertrag seit Jahrzehnten nur zu unzureichenden Ergebnissen führt, bedingt es einem neuen Vertrag. Ziel der aktuellen und künftiger Bundesregierungen muss ein absolutes Atomwaffenverbot sein.

Deshalb fordern wir die Unterzeichnung des sogenannten Atomwaffenverbotsvertrags (*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW)* als fünfter europäischer Staat und als erstes NATO-Mitglied, um ein starkes Zeichen zu setzen. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist eine internationale Vereinbarung, welche die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen verbietet, sowie die Drohung mit diesen. Dieser Vertrag ist ein erster Schritt in Richtung einer atomwaffenfreien Welt, soll jedoch auch nur eine Vorstufe einer Nuklearwaffenkonvention sein, welche klare gesetzliche und technische Maßnahmen enthält, um eine vollständige Abrüstung zu erreichen.

[1] https://jusos.de/wp-content/uploads/2021/10/Antragsbuch_JusoBundeskongress2021.pdf (Antrag F15)

[2] https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-885528

Begründung

Die Jusos stehen in einer langen anti-militaristischen und pazifistischen Tradition und stehen über viele Jahrzehnte teils ungerechtfertigten Auslandseinsätzen der Bundeswehr, sowie weiterer Kriegsverbrechen anderer Ländern, entschlossen entgegen.

In den vergangenen Jahren müssen jedoch auch wir einer stärker militarisierten Welt entgegenblicken. Internationaler Terrorismus, sowie Bürgerkriege in nahezu allen Teilen der Welt führten wiederum zu zahlreichen neuen, sowie andauernden Militäreinsätzen.

Erst im vergangenen Jahr mussten wir Zeug:innen des wohl verheerendsten Abzugs aus einem internationalen Auslandseinsatz werden. Der militärische Abzug aus Afghanistan erfolgte viele Jahre zu spät und dann in einer solch desaströsen Art und Weise, dass dort heute ein fundamentalistisches Regime der Taliban herrscht, welches demokratische und gesellschaftliche Fortschritte innerhalb weniger Wochen und Monate zerstörte.

Auch Deutschland hat Schuld an diesem Ausgang eines Auslandseinsatzes, welcher ursprünglich nie hätte stattfinden dürfen. Nun ließen wir zahlreiche Unterstützer:innen und Ortskräfte zurück und überließen sie

ihrem Schicksal.

In diesem Jahr mussten und müssen wir noch immer einem abscheulichen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hier in Europa entgegenblicken. Dieser von zahlreichen Kriegsverbrechen geprägte Angriff auf ein demokratisches Land führte in ganz Europa, in Deutschland und auch bei uns in der SPD und bei den Jusos mindestens zu einem Überlegen, wenn nicht zu einem Umdenken in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Laut Bundeskanzler Olaf Scholz bedeutete dieser Angriff auf die Ukraine eine Zeitenwende. Und ja das stimmt, doch wir Jusos müssen nun die Zeichen dafür setzen, dass diese Zeitenwende in die richtige Richtung steuert und nicht zu einer Aufwärtsspirale von Militarisierung und Aufrüstung führt!

Klar ist, dass die oberste Maxime der Sozialdemokratie und uns Jungsozialisten in der Außenpolitik die Diplomatie sein muss. Klar ist jedoch auch, dass wir einen Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine nicht tolerieren dürfen. Wir müssen ihn auf das Schärfste verurteilen! Wir müssen weiterhin unser Bestes tun, um der Ukraine beizustehen und sie zu unterstützen. Dies gilt deutlich auch für Waffenlieferungen.

Wir Jusos stehen heute an einem Punkt, an welchem wir uns Gedanken über unser zukünftiges Verhältnis mit Auslandseinsätzen, der Bundeswehr und Waffenlieferungen machen müssen. Die Gefahr eines dritten Weltkriegs war seit dem Ende des Kalten Krieges nie so hoch wie heute. Dieser Antrag soll ein erster Aufschlag für uns Jusos Thüringen sein und soll zu ersten Diskussionen und Auseinandersetzungen mit der Thematik führen. Dementsprechend soll dieser Antrag auch keine Gesamtlösungen bieten, sondern vielmehr erste Zeichen für eine zukunfts- und friedensorientierte Sicherheitspolitik setzen.

Bundeswehrreformen können nur Übergangslösung sein

Klar ist, dass die hier vorgeschlagenen Reformen für die Deutsche Bundeswehr nur Übergangslösungen sein können. Ein großes Ziel für uns Jungsozialisten ist ein Zusammenwachsen der Europäischen Union, welche über die Zeit auch mehr Kompetenzen der einzelnen Mitgliedsstaaten übernehmen kann. Hierzu gehört auch die Gründung einer gemeinsamen europäischen Armee, welche unabhängig zur NATO ist.

In Krisen- und Kriegsfällen kann eine gemeinsame EU-Armee einheitlicher und schneller agieren. Ziel einer solchen EU-Armee kann eine Spezialisierung einzelner Mitgliedstaaten auf bestimmte Sachgebiete innerhalb der Struktur sein. So können die einzelnen Länder strukturell und finanziell entlastet werden.

Oberste Priorität einer EU-Armee muss sein, dass das Europäische Parlament ähnlich zum Deutschen Bundestag die Beschlusskraft für Einsätze hat.

Strukturell müssen innerhalb der aktuellen EU hierfür ein Ministerrat für Verteidigungsfragen, sowie ein Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament gegründet werden. Da wir Jusos für eine Stärkung des Europäischen Parlaments und somit für eine Demokratisierung der Europäischen Union und gegen aktuell zu starke Einflüsse durch die einzelnen Mitgliedstaaten stehen, ist ein Ministerrat für Verteidigungsfragen aktuell notwendig, für uns jedoch nur als Übergangslösung tauglich.

Langfristiges Ziel innerhalb einer Reformation der Europäischen Union muss dann eine Ausrichtung des Ressorts Verteidigung nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland sein. An der Spitze des Ressorts steht die/der Kommissar:in für Außen- und Sicherheitspolitik. Inhaltliche Fragen und Vorbereitungen werden ausschließlich im Rahmen des Parlaments getroffen - nicht in undemokratischen Institutionen. Hierfür dient dann ein zu gründender Verteidigungsausschuss, wobei Entscheidungen zu Einsätzen der EU-Armee im Europäischen Parlament abgestimmt und verabschiedet werden. Verlängerungen von Mandaten sollen ebenfalls nach deutschem Vorbild halbjährlich neu abgestimmt werden.

Aktuelle Mandate der Bundeswehr

Zum Verständnis der obigen Forderungen zu Auslandseinsätzen, sollen hier kurz und bündig die aktuellen Mandate der Bundeswehr, sowie möglicher Kritikpunkte dargestellt werden.

Kosovo-Force (KFOR)

Bei diesem Mandat handelt es sich um eine NATO-Mission mit einer Absicherung durch die UN-Resolution 1244. Ziel der Mission ist eine Sicherung der Region Kosovo seit 1999. Seit 2009 werden kontinuierlich die Truppenstärken, sowie Stützpunkte reduziert, wodurch die Deutsche Beteiligung von ehemals 6000 Soldat:innen auf aktuell 80 geschrumpft ist. Über die Jahrzehnte konnte eine Besserung der sicherheitspolitischen Lage festgestellt werden. Ein weiterführendes Auslaufenlassen des Mandats ist die aktuell beste Option.

Counter Daesh (Jordanien) /Capacity Building Iraq

Die Einsätze in Jordanien und dem Irak, welche der Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staats dienen, werden zwar von über 60 Ländern getragen, verfügen jedoch über keinerlei UN-Mandat. Der deutsche Anteil an dieser Mission ist relativ gering und beinhaltet vor allem die See- und Luftraumüberwachung, sowie die Unterstützung der Luftbetankung. Das Kontingent Deutschlands ist auf maximal 500 Soldat:innen begrenzt. Eine Beendigung des deutschen Einsatzes ist nach Ablauf des aktuellen, durch den Bundestag verabschiedeten Mandat, ab dem 31.10.2022 von den Jusos Thüringen zu unterstützen.

Operation Sea Guardian

Die Operation Sea Guardian der NATO soll zur Sicherheit im Mittelmeer und zur Stärkung der Südflanke der Allianz beitragen. Gleichzeitig steht bei dieser Mission die frühzeitige Erkennung krisenhafter Entwicklungen im Mittelmeerraum und maritimer Terrorismus im Vordergrund. Die Bundeswehr beteiligt sich temporär mit Schiffen und Booten an dieser Operation. Erst im März 2022 wurde das Mandat durch den Bundestag um ein Jahr verlängert. Hierbei wurden einige gravierende Schwachstellen geschlossen. Bisher waren auch Einsätze in Küstengebieten von Nicht-NATO-Staaten möglich. Außerdem wurde die Obergrenze von Soldat:innen von 650 auf 550 gesenkt. Dieses Mandat sollte weiter evaluiert werden und den wahren Gegebenheiten angepasst werden.

Europäische Trainingsmission in Mali

Die EUTM Mali ist eine multinationale Ausbildungsmission der Europäischen Union. Ziel war es, die malischen Streitkräftemit der geleisteten militärischen Grundlagenausbildung und Beratung dazu zu befähigen, gegen islamistische Milizen in der Region vorzugehen. Heute ist die Aufgabe der Mission, die Streitkräfte anderer afrikanischer Staaten (aktuell Niger), zu befähigen. Mandatiert ist die Mission durch den Europäischen Rat bis 2024, durch den Bundestag bis Mai 2022. Seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine kam diese Mission in Mali nahezu zum Stillstand, da die malische Regierung eine Zusammenarbeit mit der russischen Söldnergruppe Wagner nicht ausschließen konnte. Da sich diese Mission in absoluter Schwebe befindet, ist eine neue Evaluierung und eine Anpassung des Mandats dringend erforderlich. Eine Beendigung des Einsatzes ist in Betracht zu ziehen.

UN-Mission MINUSMA

Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen dient der Sicherung des Friedens. Die Kernaufgaben sind, die Waffenruhevereinbarungen und die vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie die Umsetzung des Abkommens für Frieden und Aussöhnung aus dem Jahr 2015 zu unterstützen. Durch zahlreiche Zwischenfälle und hohe Verluste von UN-Soldat:innen und Unterstützer:innen entwickelt sich die Mission MINUSMA aktuell zu einem Afghanistan 2.0. Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik beschreibt den Einsatz der Bundeswehr in Mali mit Stand Februar 2021 als wirkungslos. Grund sei der Stiftung zufolge, dass die Stabilisierung als Ziel meist eine untergeordnete Rolle spielt und in der deutschen Politik nicht über ein wirkungsvolles Engagement in Mali nachgedacht werde. Die Jusos Thüringen sollte den Vorschlag der Wehrbeauftragten Eva Högl (SPD) von Anfang 2022 unterstützen, die Einsätze der Bundeswehr in Mali auf ein mögliches Ende hin zu überprüfen.

United Nations Interim Force in Lebanon (UNFIL)

UNFIL ist eine Beobachtermission der Vereinten Nationen im Libanon. Die UNIFIL-Mission wurde 1978 ins Leben gerufen und ist eine der ältesten aktiven UN-Beobachtermissionen. Nach dem Zweiten Libanonkrieg im Jahr 2006 wurde das Mandat ergänzt. Seitdem unterstützt UNIFIL die libanesische Regierung dabei, die Seegrenzen zu sichern und den Waffenschmuggel über See zu verhindern. Aktuell stellt Deutschland ca. 150 Soldat:innen. Der Einsatz ist bis Juni 2022 mandatiert. Deutschland sollte sich hier für eine Erarbeitung einer Exit-Strategie einsetzen.

United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS)

UNMISS ist ein Einsatz der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung im Südsudan.Seit 2011 beteiligt sich die Bundeswehr an der VN-Mission und unterstützt damit den Friedensprozess im Südsudan. Die Personalobergrenze für den Einsatz der Bundeswehr bei der Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan liegt bei 50 deutschen Soldat:innen. Das aktuelle Mandat läuft bis März 2023.

European Union Naval Force Mediterranean (EUNAVFOR Irini)

Die Bundeswehr beteiligt sich seit dem 7. Mai 2020 an der Mission EUNAVFOR Irini im zentralen Mittelmeer. Gemäß aktuellem Beschluss des Deutschen Bundestages können bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. In diesem Einsatz durch die EU wird das UN-Waffenembargo gegen Libyen im Mittelmeer

überwacht. Das aktuelle Mandat läuft bis März 2023.

United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara (MINURSA)

Die Mission der Vereinten Nationen zur Vorbereitung eines Referendums über den Status der Westsahara (MINURSO) überwacht den Waffenstillstand zwischen Marokko und der Frente Polisario – einer militärischen und politischen Organisation in der Westsahara. Die Bundeswehr beteiligt sich an der Mission seit 2013 mit bis zu vier Militärbeobachter:innen. Da die Beobachter:innen unbewaffnet sind, muss keine Mandatierung des Bundestages erfolgen.

Neun weitere Einsätze ohne Mandat

Weiterhin existieren 9 weitere Einsätze der Bundeswehr auf dem Gebiet von NATO-Mitgliedsstaaten. Unter anderem in Litauen, der Slowakei, Rumänien, sowie Marine- und Luftwaffeeinsätze im Baltikum, der Ägäis, im Nordatlantik und im Mittelmeer.

Grundlagen der Bundeswehr

Die Ablehnung der Anschaffung von bewaffneten Drohnen war bisher und sollte auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Jusos sein. Deutschland sollte sich nicht am bereits begonnenen Wettrüsten mit bewaffneten Drohnen beteiligen. Der Kampfeinsatz mit bewaffneten Drohnen aus der Entfernung führt zu einem Krieg, welcher zunehmend emotionsloser und autonomer wird. Eine Senkung von Opfern unter Zivilist:innen ist gegenüber der konventionellen Kriegsführung nicht erkennbar. Im Gegenteil können sich Zivilist:innen vor den meist geräuscharmen bzw. -losen Drohnen nicht in Sicherheit bringen. Das Versagen der Technik, falsche oder fehlerhafte Daten, das Auftreten unerwarteter Ereignisse oder die Inkaufnahme von zivilen Opfern aus politischen oder militärischen Gründen, sind nur vier Anlässe für zivile Opfer durch bewaffnete Drohnen. Bewaffnete Drohnen können zwar die eigenen Soldaten schützen, aber können ebenso zu einer höheren Bereitschaft führen in Kriege einzugreifen.

Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht oder auch einer sogenannten Dienstpflicht entspricht nicht den Grundsätzen der Jusos. Obwohl wir Angebote des Freiwilligen Sozialen Jahr oder ähnlicher Angebote stark unterstützen, stehen wir für die Freiwilligkeit jeglicher Angebote. Seit dem Krieg in der Ukraine wurde vermehrt eine Steigerung des Interesses von jungen Menschen an der Grundausbildung i der Bundeswehr vermeldet. Diese Freiwilligkeit sollte auch in Zukunft Priorität haben, zudem eine Diskussion über die Wehrpflicht viel schwerwiegendere Probleme hinwegtäuscht. Die Personalstärke der Bundeswehr ist zumindest keines dieser Probleme.

Beschaffung

Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) hat zur Zeit circa 6800 Dienstposten, davon 1700 militärische, sowie 4600 Dienstposten im nachgeordneten Bereich. Im Amt sind 2200 Dienstposten unbesetzt, davon 280 militärische. 180 externe Unternehmensberater arbeiten im BAAINBw. Bis Ende 2022 werden altersbedingt ca. 1000 Mitarbeiter das Bundesamt verlassen.

Alleine diese Zahlen zeigen ein riesiges Versäumnis vergangener Verteidigungsminister:innen, welche alle daran gescheitert sind dieses aufgeblähte Beschaffungsamt zu reformieren. Weder ist die Beschaffung der Bundeswehr personell zukunftsfähig aufgestellt, noch gibt es Grundlagen, welche eine dezentrale und einfachere Versorgung ermöglicht.

Die im Antrag beschriebenen Punkte können hierfür erste Ansätze bilden, um zukünftig jahrelange Verzögerungen, Fehlplanungen und enorme Kostensteigerungen zu verhindern.

Atomwaffenverbotsvertrag

Der im Antrag beschriebene Vertrag wurde 2017 unter der UN-Resolution 71/258 verabschiedet. Stand Oktober 2021 sind 86 Länder Vertragspartner, wovon 56 Länder den Vertrag auch ratifiziert haben.

Die Unterzeichnung Deutschlands würde neben einem starken internationalen Zeichen unter anderem auch den Abzug von Atomwaffen aus Deutschland bedeuten.

Alle weiteren Vertragsbestandteile sind unter folgendem Originaldokument der UN (in deutscher Sprache) einsehbar: https://www.un.org/Depts/german/conf/a-conf-229-17-8.pdf

Infoquellen zu aktuellen Einsätzen:

Kosovo

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-im-kosovo

https://de.wikipedia.org/wiki/KFOR

Jordanien/Irak

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-in-jordanien-und-im-irak

https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswehreinsatz_in_Syrien

Sea Guardian

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mittelmeer-unifil-irini-sea-guardian/sea-guardian-nato-operation

EUTM MAli

https://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Multidimensional_Integrated_Stabili--zation_Mission_in_Mali

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mali-einsaetze/eutm-bundeswehr-eu-einsatz-mali

MINUSMA Mali

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mali-einsaetze/minusma-bundeswehr-un-einsatz-mali

https://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Multidimensional_Integrated_Stabili--zation_Mission_in_Mali

UNFIL Libanon

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mittelmeer-unifil-irini-sea-guardian/die-bundeswehr-im-libanon

https://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Interim_Force_in_Lebanon

UNMISS Südsudan

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-im-suedsudan

https://de.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Mission_in_the_Republic_of_South_Su--dan

EUNAVFOR Irini Libyen

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/mittelmeer-unifil-irini-sea-guardian/zentrales-mittelmeer-eunavfor-med-irini

https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Irini

MINURSO Westsahara

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr/die-bundeswehr-in-marokko

https://de.wikipedia.org/wiki/Mission_des_Nations_Unies_pour_l%E2%80%99organisat--ion_d%E2%80%99un_r%C3%A9f%C3%A9rendum_au_Sahara_occidental

Alle Einsätze im Überblick

https://www.bundeswehr.de/de/einsaetze-bundeswehr

K1 Für eine vielfältige Breiten- und Soziokultur!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Sinkende Infektionszahlen sorgen dafür, dass viele Veranstaltungen wie Konzerte, Seminare und Partys wieder vermehrt und in bekannter Form stattfinden können. Doch gerade im Bereich der Breiten- und Soziokultur sehen wir weiterhin verhaltene Anmelde- und Verkaufszahlen. Zum Beispiel sorgen geschlossene, dunkle Räume mit engen Sitzmöglichkeiten und geringen Lüftungsmöglichkeiten mittlerweile für ein Unwohlsein im Publikum.

Durch ausbleibendes Publikum müssen immer mehr Veranstaltungen abgesagt werden. Dies und die aktuell steigenden Preise in allen Lebensbereichen stellen die Breiten- und Soziokultur nach zwei Jahren Pandemie weiter vor finanzielle Schwierigkeiten.

Eine Verlängerung der bekannten Fördermittel hätte zur Folge, dass sich die, überwiegend auf ehrenamtlichen Strukturen basierende, Breiten- und Soziokultur erholt und stärkt. Denn erholt und stark, sorgt diese für ein vielfältiges und abwechslungsreiches Programm in jedem Stadt- bzw.- Landbild, dass allen Menschen zu Gute kommt. Eine vielfältige Breiten- und Soziokultur bietet Raum für Erholung und Schutz im Alltag und macht Thüringen zu einem lebenswerteren Ort an dem Mensch leben möchte.

Als Jusos Thüringen stellen wir daher folgende Forderung auf:

- Bereitstellung weiterer Fördergelder zur Antragsstellung 2022 für die Initiative Neustart Kultur.

- Realitätsnahe Vorgaben zur Vergabe der Fördergelder durch den Bundesverband Soziokultur e.V.

Begründung

erfolgt mündlich

N1 Blockchain zerstört unseren Planeten und die Gesellschaft gleich mit

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Einführung

Cryptowährungen (häufig abgekürzt: Crypto) sind die bekannteste Anwendungen für die Blockchain-Technologie. Bitcoin - die erste Cryptowährung - wurde 2008 von einer bis heute unbekannten Person erfunden. Spätestens seit 2014 wird versucht diese Technologie auch in andere Bereiche wie Social-Media-Netzwerke, Kunstauktionen (NFTs), automatisierte Vertragserfüllungen (Smart Contracts), elektronisches Ausweisen und Identifizieren (SSI), Lieferkettentracking, Grundbucheinträge und maschinelle Organsiationsverwaltung (DAOs) zu übertragen. Einige Personen verwenden für diese "dezentralen" Anwendungen und Visionen die bisher nicht gut abgegrenzten Schlagwörter "Metaverse" oder "web3".

Es gibt sehr viele Crypto-Währungen unterschiedlicher Beliebtheit, jede:r kann seine eigene Währung erfinden und in Umlauf bringe, entsprechend viele sind verfügbar. Die bekanntesten sind Bitcoin, Etherium, Thether und Dogecoin. Viele der Crypto-Währungen sind lange Zeit unbedeutend. Dies ermöglicht Early-Adoptern mit genügend Kapital einzusteigen uns sich frühzeitig viele Anteile der Währungen für einen noch sehr günstigen Preis zu sichern. Sobald die Währung Vertrauen aufgebaut hat, können sie diese gewinnbringend verkaufen. Die Spaß-Crypto Dogecoin wurde z.B. unter anderem durch Elon Musk bekannt, welcher dort regelmäßig absichtliche Kursmanipulation durch Twitter-Erwähnungen betreibt (sog. "Pump and dump").

Umweltzerstörung

Die Blockchain Technologie verbraucht eine unvorstellbar große Menge an Energie. Mit Bitcoin wird jährlich ungefähr so viel Geld bewegt wie mit Paypal. Das obere Limit der weltweiten Anzahl der Transaktionen von Bitcoin selbst beträgt jedoch gerade einmal ca. 10 pro Sekunde. Zum Vergleich: Visa alleine ist fähig bis zu 24.000 Transaktionen pro Sekunde abzuwickeln.

Der Energieverbrauch des Bitcoin-Netzwerkes wird dabei auf 120-200

Terawattstunden (TWh) geschätzt. Um diese Zahl in Realtion zu setzen - das ist 2-3 mal so viel Strom, wie gesamt Österreich verbraucht. Das GESAMTE restlich Internet, verbraucht ungefähr genauso viel Energie, wie Bitcoin alleine dazu benötigt, einige hundert Millionen Dollar sehr langsam zu bewegen. Es wird dementsprechend mehr Energie verbraucht als Amazon, Google, Apple, Facebook (Meta), Visa, MasterCard, Paypal, alle Videos, Anrufe, Bilder und der gesamte Rest des Internets zusammen benötigen. Die Energie dafür wird zu ca. 40-60% aus fossiler Verstromung erzeugt. Teilweise gingen sogar stillgelegte Kohlekraftwerke zur Bitcoin Erzeugung wieder ans Netz. Die erzeugten CO2-Emissionen werden auf ca. 115 Megatonnen pro Jahr geschätzt. Das ist vergleichbar mit der jährlichen Emission von Tschechien.

Runter gerechnet auf eine Bitcoin-Transaktion entspricht das soviel C02 wie rund 2,5 Mio Transaktionen im Visa-System und einem Stromverbrauch von 2 kWh. Das ist etwas mehr als der jährliche (!) Verbrauch eines deutschen Ein-Personen-Haushaltes, der pro Transaktion anfällt. Zusätzlich entstehen rund 37.000 Tonnen Elektroschott (v.a. Grafikkarten) pro Jahr, dieser ist nicht im CO2 Footprint inkludiert. Datenquelle: Digiconomist

Der Energieverbrauch von Bitcoin kann praktisch nicht gesenkt werden. Das System ist so entworfen, dass es umso sicherer wird, je mehr Energie investiert wird ("Proof of Work"). Wir können es uns aber schlicht nicht leisten, so viel Energie für ein System zu verschwenden, das Zahlungsverkehr deutlich ineffizienter abwickelt als etablierte Systeme. Wir werden in wenigen Jahren die 1,5 Grad Grenze reißen. Das Erreichen von Kipppunkten in unserem Klimasystem wird zusehends wahrscheinlicher. Um auch in der Zukunft Wohlstand und ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, muss Energieverschwendung, die den Verbrauch von Staaten um ein vielfaches übersteigt, sofort beendet werden. Es liegt in unserer Verantwortung, dies für die Zukunft des Planeten möglichst schnell zu erreichen. Viele Staaten haben bereits damit begonnen, das klimaschädliche Minen von Cryptowährungen zu verbieten, dem sollte sich die EU anschließen.

Unveränderlich und Unregulierbar

Die letzten Jahre haben besonders gezeigt, dass es eine große Herausforderung ist, mit einer großen Menge von gesellschaftlich unerwünschten Informationen, wie Hass, Belästigungen und Fake News, umzugehen. Die beste Möglichkeit ist die Löschung und Moderation von entsprechenden Inhalten - manchmal durch staatliche Anordnung, aber meist freiwillig durch private Unternehmen.

Diese Kontroll- und Moderationsfunktion zum Schutz von Einzelnen, Minderheiten und der gesamten freiheitlich demokratischen Grundordnung ist mit Blockchain-Technologien technisch nicht mehr möglich. Was einmal auf der Blockchain ist, bleibt dort - für immer - und kann immer wieder abgerufen werden. Für Betroffene

bedeutet es eine Katastrophe, wenn staatliche Stellen Bürger:innen nicht mehr schützen können. Hassbotschaften, Morddrohungen, Aufrufe zur Gewalt, Revenge Porn, Sexuelle Missbrauchsdarstellungen an Kindern und Verbreitung von Falschinformationen kann auf der Blockchain nichts entgegengestellt werden. Einige Serviceanbieter blenden unliebsame Inhalte zwar aus, auf der Blockchain bleiben diese Inhalte dennoch weiterhin für jede:n einsehbar und unlöschbar öffentlich bestehen. Diese Unzensierbarkeit ist by-design und der originäre Zweck der Blockchain-Technologie.

Es muss dringend verhindert werden, dass mit und auf der Blockchain ein potenziell rechtsundurchsetzbarer Raum entsteht, der genutzt werden kann, um der Gesellschaft zu schaden. Insbesondere, wenn dieser rechtsfreie Raum perspektivisch einen großen Teil des Internets ausmachen soll, wenn es nach Web3 und Metaverse Evangelisten geht. Staatliches Einschreiten ist hier notwendig, um uns alle zu schützen.

Kontrolle durch Kapital

Unser bisheriges Währungssystem basiert auf Vertrauen in die Notenbanken, die Geld bereitstellen. Sowie dem Staat der diese Währungen als allgemeines Zahlungsmittel akzeptiert und durch Steuern einfordert. Diese werden demokratisch kontrolliert und legitimiert. Das gesellschaftliche Zusammenleben basiert auf dem Schutz und das Vertrauen in den Rechtsstaat, der gewisse Rechte und Pflichten garantiert und notfalls durch Zwang umsetzt. Blockchain-Währungen können von denjenigen kontrolliert werden, die eine Mehrheit im Netzwerk besitzen. Kontrollieren heißt in diesem Zusammenhang, dass gesteuert werden kann, wer wann wie viel Geld ausgibt. Zusätzlich kann diese Duplikate von Geldeinheiten erstellen, die im Besitz von anderen sind. Wer früh dabei war hat es leichter, diese kritische Menge zu erreichen. Ein Schutz von Minderheiten durch unabhängige staatliche Organisationen oder eine Schiedsstelle existiert nicht. Es stehen Tür und Tor für Diskriminierung und Ausbeutung von vulnerablen Gruppen offen.

Mit Krypto-Währungen wurde ein System geschaffen, das noch anfälliger für Missbrauch ist, als es der staatliche Kapitalismus von sich aus schon ist. Es sollte dringend verhindert werden, dass ein solches System sich weiter verbreitet beziehungsweise etabliert, insbesondere auch außerhalb von Crypto-Währungen. Auch jetzt schon können einzelne große Akteur:innen zeitweise wesentlichen Einfluss auf das Netzwerk nehmen, indem sie strategisch Mining-Rechenzentren ein- und ausschalten (Hash-Rate-Control).

Forderungskatalog

- Der Einsatz von ökologisch schädlicher Blockchain-Technologie (Proof of

Work) in Europa soll verboten oder regulatorisch hochgradig unattraktiv werden, da er im Gegensatz zu herkömmlichen Technologien kaum Nutzen stiftet und dem Klima massiv schadet

- Die Möglichkeit Währungssysteme so aufzubauen, dass kleine Eliten mit genügend Kapital das gesamte Währungssystem kontrollieren können (Proof of Stake), lehnen die Jusos Thüringen grundsätzlich ab.

- Die Schaffung von rechtsfreien Räumen durch Privatpersonen oder privatwirtschaftliche Unternehmen durch Verwendung der Blockchain-Technologie muss durch staatliche Regulation verhindert werden

- Der Währungsaustausch von echtem Geld zu Cryptowährungen soll wesentlich erschwert werden, dies würde die allgemeine Zugänglichkeit zu Coins, die Multi-Level-Marketing Strategien verfolgen, deutlich erschweren und somit Betrug frühzeitig unterbinden.

- Staatliche finanzielle Förderung zur Entwicklung von Dienstleistungen, die auf Blockchain-Technologie (Proof of Work und Proof of Stake) basiert sollen rückgebaut werden

- Die Erträge aus Spekulation (insbesondere mit Crypto-Währungen) sollen stärker besteuert werden, um eine stetige und noch schnellere Umverteilung von Kapital zugunsten einer kleinen Minderheit zu stoppen. Insbesondere sollen einzelne Crypto Transaktionen nachträglich mit einer Finanztransaktionssteuer und CO2 Steuer besteuert werden.

- Über die Risiken von Investition bzw. Spekulation in Crypto-Währungen und auf
Cryptowährungen basierenden Finanzprodukten soll (auch) von staatlicher Seite mehr aufgeklärt werden.

- Um Verbraucher zu schützen müssen dieselben Regularien für die Entwicklung und den Vertrieb von Finanzprodukten des herkömmlichem Finanzmarktes auch auf den Crypto-Markt und dessen Produkte und Dienstleistungen angewandt werden (und die Regularien bestenfalls zuugunsten des Turbokapitalsmus verschärft werden)

Begründung

FAQ und Mythbusting

Hier werden die häufigsten Claims und deren Gegenargumente von Crypto zusammengefasst. Solltet ihr an noch mehr Gegenargumenten interessiert sein findet ihr diese hier.

Sind Cryptowährungen sicher?

Jein, das technische System tut unumkehrbar genau das wozu es angewiesen wurde. Für durchschnittliche Nutzer sind diese Systeme allerdings zu komplex um sie im alltäglichen Gebrauch als sicher zu bezeichnen. Die sichere Bedienung ist nur für sehr fachkundige Personen möglich und für diese auch nicht einfach. Unabsichtlich falsche Bedienung, sowie Hacking oder Phishing kann unwiderruflich zum kompletten Vermögensverlust führen. Insbesondere automatisierte Vertragsabwicklungen (Smart Contracts) haben viel Angriffsfläche für Manipulation, Hacking und Missbrauch. Zudem gibt es keine regulatorische oder schlichtende Stelle, an die Betroffene sich bei Missbrauch wenden können, die Vermögenswerte sind dann einfach weg. Es gibt quasi täglich Meldungen von Betrügerischen Crypto Projekten, von Hacking Angriffen und falscher Verwendung durch die fast täglich Schäden in Millionenhöhe entstehen Quelle. In herkömmlichen Geld-Systemen wären die meisten solcher Schäden durch den Rechtsstaat "versichert".

Ist es möglich z.B. mit Bitcoin anonym zu bezahlen?

Die versprochene Anonymität funktioniert gut, solange man damit nur lustige Affenbilder online tauscht. Sobald man seinen täglichen Einkauf im Supermarkt bezahlen will, ist die Anonymität schnell dahin. Jede:r der deine "Bitcoin-Kreditkartennummer" (Wallet Adresse) kennt, kann sofort auch alle früheren Transaktionen sehen - ohne die Möglichkeit einzelne Transaktionen als privat zu markieren. Medikamente, Therapie-Sitzungen, Schulden, Spenden die man an NGOs (nicht) macht könnten in einer Zukunft in der Crypto ein anerkanntes und verbreitetes Zahlungsmittel wäre von jedem eingesehen werden. Diese Daten wären für jeden verfügbar, auch für entferne Familienmitglieder, zukünftige Arbeitgeber, Ex-Partner:innen usw. Auch neue angelegte Wallet Adressen sind schnell identifiziert - irgendwoher müssen die ersten Einzahlungen von Echtgeld schließlich kommen. Crypto ist nur dann tatsächlich anonym zu verwenden solange man gar nicht oder möglichst wenig mit der echten regulierten Welt interagiert. Für Kriminelle ist dies z.B. deutlich leichter als für durchschnittliche Nutzer:innen im Alltag. Weitere Informationen ...

Erfüllten Cryptowährungen die typischen Anforderungen an eine Währung?

Nein. Sie sind zu volatil und deflationär ausgelegt. Dies macht sie für viele wirtschaftliche Anwendungsbereiche unbrauchbar. Weitere Informationen ...

"Mit Crypto kann man viel Geld verdienen und sie sind eine sichere Anlage"

Nein, sie sind keine sicher Wertanlage. Crypto-Währungen sind ein Negative-Sum-Game (genauso viel Geld wie raus geht muss auch von jemand anderem eingebracht werden) und ist damit methodisch kaum von typischen Multi-Level-Marketing Strategien zu unterscheiden, in denen alleinig die neuen Mitglieder die Gewinne der früheren Mitglieder finanzieren und dann selbst auf neue Mitglieder hoffen die deren Gewinne finanzieren. Kurzfristige Spekulationen sind mit Glücksspiel vergleichbar, da keine reale Werte hinterlegt sind. Es gibt einzelne Crypto-Währungen, die mit z.B. mit echtem Geld gedeckt sind (Vergleichbar mit dem

Goldstandart), doch selbst diese Währungen sind nicht wert-stabil (vgl. TerraUSD und Terra Luna Crash vor kurzem). Weitere Informationen ...

"Die Technologie steckt noch in den Kinderschuhen"

Das Konzept der Blockchain ist ca. genauso alt wie Facebook. Die selbe Behauptung über Facebook ist absurd. Es ist allerdings richtig, das sich die Technologie rasant weiterentwickelt, jedoch nicht unbedingt in eine gute Richtung. Die grundsätzliche Ausrichtung, alles besitz- und handelbar zu machen und ein "Web des Eigentums" zu errichten, sowie zusätzlich die sehr libertären Auslegung von Meinungs- und Zensurfreiheit, halten wir für ideologisch gefährlich und nicht wünschenswert. Ausführliche Analyse

"Ist die Anwendung XYZ mit Blockchain nicht richtig revolutionär?"

Häufig gehen solche Problemlösungen am eigentlichen Problem vorbei. Selten wird lösungsoffen über das Problem nachgedacht, sondern nur ein Anwendungsfall für die Blockchain-Technologie gesucht. Sogenannte Private Blockchains, welche einige der Risiken mitigieren, sind weniger kritisch zu betrachten als deren öffentliche Equivalente, dennoch ist jedes Problem das Blockchain angeblich löst auch problemlos mit Blockchain-freier Technologie quasi immer billiger und effizienter zu lösen. Meistens wird auch konventionelle Technologie zusätzlich zur Blockchain benötigt, welche dann erst die eigentliche Verifikation und Sicherheit durch Zentrale Akteure z.B. Staaten/Behörden usw. ins Blockchain-System bringt. Dort wird dann schnell sichtbar das die ganze Anwendung auch genauso gut bzw. besser ohne Blockchain funktionieren würde vgl. Berliner Datenschutzbehörde zum Digitalen Schulzeugnis bzw. Weitere Informationen ...

"Verfolgt web3 nicht zumindest ideologische gute Ziele wie z.B. die Auflösung von Technologie-Monopolen oder die Beteiligung von Künstler:innen an den Gewinnen ihrer Kunst?"

Teilweise schon, es wird allerdings quasi nie den eigenen Anforderungen gerecht. Dabei überschätzt es technologische Lösungsmechanismen und unterschätzt soziale Dynamiken. Insbesondere der Angriff auf Technolgie-Monopole ist nur ein Taschenspielertrick. Rund um Cryptowährungen gibt es genauso starke zentralisierte Dienstleistungen wie im herkömmlichen Web, es sind nur andere/neue Player Weitere Informationen.... Diese bringen teilweise auch ganz eigene Interessen mit, wie z.B. Meta (Facebook) mit dem Metaverse. Das NFT-Umfeld (Besitz- und Versteigerbare Bilddateien) hatte von sich behauptet zu existieren um Künstler:innen fair an Verkäufen zu beteiligen. Faktisch wurden die meisten NFTs ohne Wissen der Künstler:innen in die Blockchain eingebracht. Da niemand geprüft hat wer der:die eigentliche Urheber:in der Kunst war, fand tatsächlich nur in absoluten Ausnahmefällen tatsächlich eine tatsächlich faire Vergütung statt, wenn es überhaupt eine gab. Video zum NFT Phänomen und Blockchain allgemein

Ist Self-Sovereign-Identity (SSI) ein guter Anwendungsfall der Blockchain? DE und EU investieren dort sehr viel Geld.

Persönlich finden wir die potenzielle Kommerzialisierung und die Schaffung von Märkten rund um Identitätsdaten grundsätzlich bedenklich. SSI beschleunigt unser Auffassung nach diesen Trend und macht es

technisch leichter verifizierte Identitätsdaten gewerblich zu handeln. Grundsätzlich ist dieses Konzept auch ohne Blockchain problemlos realisierbar, auch dann bleiben wir allerdings skeptisch. Kurz vor der letzten Bundestagswahl ist die ID-Wallet des Verkehrsministeriums spektakulär gefloppt. Wir halten es für vielversprechender gute vorhandene Systeme wie den e-Perso für alle Dienstleister leichter zugänglich zu machen. Die geringe Nutzungsrate liegt insbesondere auch an dem Geschäftsgebaren der Bundesdruckerei GmBH, welche keine transparente Preisliste besitzt und den Zugang zum e-Perso Ökosystem vermeintlich aus Geschäftsinteressen künstlich stark limitiert. Selbst das bekannte und verbreitete PostIdent-Verfahren könnte heute bereits einfach ersetzt werden, wenn die Schnittstelle zum e-Perso nicht künstlich limitiert wäre. Hier werden vor allem bestehende Geschäftspraktiken geschützt und ein Markt um Identitäten geschaffen, den es unserer Auffassung nach gar nicht erst hätte geben sollen.

N2NEU Kompetenzaufbau Digitalisierung

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Wir fordern von Gemeinden, Kommunen, Behörden, Ministerien, Schulen und anderen Verwaltungseinrichtungen auf zur/zum:

- Vorrangige Nutzung von Open Source Software (OSS) auf serverseitigen Anwendungen. Langfristig soll die Abhängigkeit von lizenzpflichtigen Programmen verringert werden.
- Förderung insbesondere finazieller Natur und Weiterentwicklung von OSS.
- Schul-Lehre auf OSS umstellen (z.B. Word, Powerpoint)
- Bereitstellung zentrale Infrastruktur/Einrichtung
    - zum Hosting wichtiger Plattformen (OSS)
    - zur proaktiven Beratung öffentlicher Einrichtungen
    - zur Schulung und dem Abbau von Hürden und Vorurteilen
- Aufbau von interner Kompetenz im IT Projektmanagment und Entwicklung
- Konsequentes Nutzer:innen-zentriertes Design in der Umsetzung
- Abbau von überbordenden Beratungsleistungen: Ausschreibungen müssen inhouse verfasst und ausgewählt werden können

Es muss aufgehört werden bei der Digitalisierung zu sparen und es muss sich dem Thema endlich ernstahft angenommen werden.

Begründung

Die öffentliche Verwaltung muss Digialkompetenz intern aufbauen, um nicht den Anschluss zu verlieren.

Thüringen darf nicht noch länger in der Zeit stehen bleiben . Ein wichtiger Faktor, um weiterhin ein attraktiver Lebensstandort zu sein, ist das Maß der Digitalisierung. Sie darf keine Nebensächlichkeit mehr bleiben. Gut geplant und umgesetzt, können so alle Generationen integriert werden.

Notwendig dafür sind mehr Investitionen vor allem im Ausbau zentraler Infrastrukturen. Es muss eine zentrale Einrichtung in Thüringen zur Verfügung etabliert werden, die sowohl die Infrastruktur als auch die Kompetenzen und personellen Kapazitäten hat, Systeme für öffentliche Einrichtungen wie Verwaltungen, Ämter und Schulen bereitzustellen und proaktiv Schulungen, Werbung und Aufklärungsarbeit zu leisten. Ein solches Vorgehen kann kleinere Gemeinden und Schulen finanziell und personell stark entlasten.

Es ist wichtig, dass ein Verständnis für die Digitalisierung in allen Facetten aufgebaut wird. So können Behörden auch selbst in diesem Bereich Ausschreibungen zu erstellen. (Stichwort Beratertreppe) Durch den eigenen Aufbau von Kompetenzen können Prozesse direkt von Grund auf so gestaltet werden, dass alle Generationen inkludiert sind und bezogen auf einzelne Projekte Geld eingespart wird. Aktuell werden diese Mittel sehr häufig für externe Beratungsstellen genutzt, welche somit obsolet werden würden.

Auch wenn es bereits eine gute Rechtsgrundlage in Thüringen gibt, sollten wir endlich aktiver auf Open Source Produkte umsteigen. Eine Unterstützung dieser Projekte kann nicht nur zu Einsparungen im eigenen Haushalt führen, sondern unterstützt auch die Entwickler:innen. Mehr Präsenz solcher Produkte und finanzielle Förderung kommen auch allen Bürger:innen, wie auch Schüler:innen, zu Gute, da diese dann längerfristig supportet und ggf. sogar weiterentwickelt werden können. Die aktuelle Rechtsgrundlage schreibt zwar vor, OSS bei neuen Projekten vorzuziehen, jedoch müssen wir proaktiv bisherige Strukturen überdenken, um mit der Zeit gehen zu können.

Zur Digitalisierung gehört es auch, dass der Schwerpunkt nicht mehr auf Fax und Post liegt. Öffentliche Einrichtungen stellen zu häufig keine digitalen Portale zur Einreichung von Unterlagen und Einsicht zum aktuellen Stand eines Antrages zur Verfügung. Häufig sind nicht einmal direkte E-Mail-Adressen zur verantwortlichen Person auf den Briefbögen. Digitalisierung heißt auch Transparenz und OpenData. Die Digitalisierungsstrategie ist ein guter Anfang, sie sollte aber aktiv umgesetzt und zum Beispiel um Schulen ergänzt werden.

N3 Digitalisierung betrifft uns auch selbst

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Wir als SPD und Jusos dürfen uns da nicht außen vorhalten. Es ist ein wichtiger Schritt selbst Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, damit die einzelnen Orts- und Kreisverbände direkt darauf zugreifen können. Egal ob die Kommunikation mit den eigenen Mitgliedern über Mailverteilern oder Messengern, ob Dokumentenablage in einer Cloud oder das Erstellen und Teilen von Kalendern und Umfragen. Es muss eine grundlegende Infrastruktur für die tägliche Arbeit ohne große Hürden geschaffen werden, um sowohl gegenüber den Mitgliedern als auch nach außen das Bild einer modernen Organisation vermitteln zu können.

Ist eine solche Struktur einmal geschaffen, können wir diese einfach nutzen, um für Transparenz zu sorgen. Aktuell ist es schwierig bis unmöglich selbstständig nachzuvollziehen, welche Beschlüsse vom Landes-, Kreis-, Ortsverband oder den verschiedenen Treffen gefasst wurden.
Dazu gehört es auch, dass die Vorsitzenden von Orts- und Kreisverbänden einfach Zugriff auf ihre eigenen Mitgliederinformation haben. Aktuell wird es diesen sehr stark erschwert einen direkten Kontakt aufzubauen. Datenschutz ist sehr wichtig, man kann ihn jedoch auch so gestalten, dass dieser einen nicht selbst in Gänze einschränkt.

Wir fordern gegenüber der SPD und den Jusos Thüringen

- durchsuchbare Beschlussdatenbank der LaKo / Parteitage
- Eine zentrale Kommunikation mit den Mitgliedern und Vereinfachung der Kontaktaufnahmemöglichkeiten mindestens durch Vorsitzende
- digitale Methoden (E-Mail ausgenommen) für Mitgliederbefragungen als Option (z.B. QR Code)
- Zentrale Bereitstellung von Software für Kreis- und Ortsverbände (selbstverwaltet, zentral Bereitstellung)

    - Website
    - Videoconferenzing
    - Cloud (Dokumentenablage)
    - Wiki (Wissensmanagement)

- Angebot von digitaler Infrastruktur, welche auch durch “normale” Mitglieder nutzbar ist

    - Cloud
    - Kalender
    - Umfragen- und Formularerstellung
    - u.v.m.

Wir müssen endlich aufhören aktiv weiter bei der Digitalisierung zu sparen und müssen uns dem Thema endlich ernstahft annehmen. Dieser Antrag soll der erste Schritt in diese Richtung sein.

O2NEU Unterstützung für Freiwillige

Antragsteller*in: Landeskonferent
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Jusos Thüringen fordern eine Unterstützung für Freiwillige. Die Freiwilligen sollen Unterstützung in Form von Rabatten und Ermäßigungen für kulturelle Einrichtungen und Sportstätten erhalten, in derselben Höhe wie für Azubis und Studis. Der Ermäßigungsanspruch soll von allen Einrichtungen umfassend anerkannt werden.

Die Ansprechpartner:innen hierfür sind in der Regel die Kommunen. Durch die Unterstützung soll die gesellschaftliche Anerkennung für den Freiwilligendienst steigen. Die kulturelle und soziale Teilhabe ermöglichen den Freiwilligen eine persönliche Weiterentwicklung bei freiwilliger Arbeit.

Begründung

Freiwillige erhalten aktuell 300€ im Monat, die sich aus 150 Euro Aufwandsentschädigung und 150 Euro Verpflegungspauschale zusammensetzen. Das Wohngeld, welches als sozialpolitische Unterstützung dienen soll, reicht für viele junge Menschen kaum aus, sodass sie in dieser Zeit auf das Geld von ihren Erziehungsberechtigten angewiesen sind. Dies führt zur soziale/wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Einige Arbeiter:innenkinder müssen somit auf einen sozialen Dienst verzichten, welcher auch im Lebenslauf als Vorteil dienen kann, beispielsweise für eine Bewerbung für das Referendariat in Thüringen oder für eine Bewerbung für eine Studienplatz.

Freiwillige bezahlen aktuell den Preis für Erwachsene, während Azubis und Studierende eine Ermäßigung erhalten, dabei steht Freiwilligen meist weniger Geld als Studis oder Azubis zur Verfügung.

O5NEU Die Platte des 21. Jahrhunderts

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Zeit ist reif für eine neue Platte. Zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziele des sozialen Wohnungsbaus fordern die Jusos Thüringen, die stadtplanerische und finanzielle konzeptionelle Ausarbeitung sowie anschließende Förderung von modularer und serieller Bauweise. Im Sinne der Original Platte fordern wir das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen auf, ein neues Konzept unter folgenden Gesichtspunkten auszuarbeiten sowie voranzutreiben:

Modulbauweise

Die Platte des 21. Jahrhunderts ist ein normiertes und modulares System. Eine festgeschriebene DIN ist frei zugänglich, sodass Ingenieur:innen sowie Hersteller:innen, schneller und effizienter bereits bestehende Modulpläne fertigen sowie neue Modulkonzepte entwerfen können. Immer gleiche normierte Maße erlauben eine einfachere Beantragung, bei beispielsweise Bauämtern, und eine daraus resultierende schnellere sowie kostengünstigere Konstruktion.

Als Folge der Modulbauweise können verschiedene Wohnungsgrößen innerhalb einer Gebäudeeinheit entstehen. Möbel und Raumkonzepte können einfach und schnell für die Gegebenheiten der Raummodule entwickelt werden sowie für alle erschwinglich in Masse hergestellt werden.

Module und Außenfassaden (z.B. Schieferfassaden, Backsteinbauten oder spezielle Bauweisen für Innenstädte / Altstädte) sollen individuell an lokale Kulturen und Gegebenheiten anpassbar sein. Vorschläge sollen in diesem Konzept erstellt werden.

Gemeinschaftliches Zusammenleben

Es muss festgeschrieben werden, dass Gebäudeeinheiten einen Fokus auf die Reduzierung von Segregation und sozialer Ungleichheit legen. Dabei muss der Mix aus verschiedenen Wohnungsgrößen bestehen, welche z.B. als Sozial-, klassischen

Miet- und Eigentumswohnungen verfügbar sind.

Orte der Begegnung fördern das Zusammenleben und sind in jedem Gebäude als Module einzuplanen. Dazu können für die gesamte Hausgemeinschaft zugängliche Module beitragen, zum Beispiel: Urban-Gardening-Module oder Indoorgewächshäuser (beispielsweise in Kombination mit Aquaponik); Versammlungsräume oder Partykeller; Sport- oder Indoorspielräume; Indoor Stellplätze für Kinderwägen, Rollstühle und Rollatoren; (Tief-) Garagen mit Ladestationen für Fahrräder und Kraftfahrzeuge. Anstelle der Parkplatzflächen um die Gebäude herum, sollen mehr Grünflächen geschaffen werden. Diese können u.a. für gemeinschaftliche Gärten, Ruhe- oder auch Spielflächen genutzt werden.

Neben diesen Orten sind darüber hinaus Module für Gewerbeflächen einzuplanen um Fahrtwege zu reduzieren und eine Vielzahl an Personen zu inkludieren. Solche sollen unmittelbar mit dem täglichen Leben im Kontakt stehen. Dies sind u.a. Läden für körpernahe Dienstleistungen oder zur Deckung des täglichen Bedarfs, aber auch Kinder- und Seniorentagesstätten, Arztpraxen, Stellplätze für Automaten beispielsweise für regionale Produkte und Freizeitangebote wie Kinos. Als Veranschaulichung hierfür kann das Dolgensee-Center in Berlin-Lichtenberg dienen.

Zukunftsfähige Nachhaltigkeit

Der Klimakrise angepasst müssen Neubauten mit den enthaltenen Modulen auf Nachhaltigkeit konzipiert und die Gebäudeeinheit möglichst autark entworfen werden.

Einen großen verpflichtenden Stellenwert muss die Energieeinsparung über den gesamten Lebenszyklus und die eigenständige Versorgung mit erneuerbaren Energien besitzen. Die Gebäude müssen im Passivhausstandard errichtet werden und Möglichkeiten zur lokalen Energieerzeugung bestmöglich nutzen. Dazu gehören insbesondere die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern, Balkonen und an Fassaden oder die Errichtung von Kleinwindkraftanlagen an Dächern und Fassaden. Sowie darüber hinaus die Nutzung von Wärmepumpen, Solarthermieanlagen oder anderen erneuerbaren Heizssystemen zur autarken Gebäudebeheizung oder in Kombination mit dem Anschluss an ein kaltes Nah- oder Fernwärmenetz. Mit einer abgestimmten Gebäudetechnik (sog. Smarthome-Anwendungen) sollen Potenziale zur abgestimmten Einsparung, Nutzung und Speicherung von Elektro- und Wärmeenergie gehoben werden.

Durch bestimmte architektonische Bauweisen entwickeln Menschen Gebäudekühlungsmethoden welche die Luftzirkulation innerhalb der Gebäudeeinheit fördert, ein Beispiel dafür sind persische Windtürme. Für weitere signifikante, energielose Kühlung sorgen Gründächer. Ein Baukonzept hierfür sollte miteinbezogen werden.

Weiterhin sollten kostensparende Anlagen eingebaut werden, die eine Autarkheit fördern, wie Regenwasseraufbereitungsanlagen, Solarwärmeanlagen oder Recyclinganlagen mit beispielsweise einem Indoorkompost oder Wurmboxen. Als Beispiel können die Urban-Gardening-Module durch vor Ort entstandene Ressourcen gepflegt werden – Licht, Wärme, Wasser und Erde kommen aus der eigenen Gebäudeeinheit.

Die meisten Emissionen eines Gebäudes entstehen allerdings nicht im Betrieb, sondern bereits durch die im Bau eingesetzten Materialien. Umso entscheidender ist es deshalb, die Nutzung alternativer Bau- und Dämmstoffe wie beispielsweise Holz oder Stroh in den Mittelpunkt zu stellen und bereits beim Bau auch ein Rückbaukonzept vorzulegen, um eine Perspektive für die Weiternutzung der Bauteile auch nach dem Ende der Nutzungsphase eines Gebäudes zu liefern. Das Modell Zementwerk – Wohnhaus – Müllhalde hat muss der Vergangenheit angehören!

Imagewechsel

Die Zeit ist reif für eine neue zukunftsweisende, gemeinschaftliche und nachhaltige Platte – die Platte des 20. Jahrhunderts war nicht nur in der DDR, sondern weltweit zu finden. Der Grund dafür war simpel: sie boten innenstadtnahen Wohnraum im Grünen. Für viele Menschen war der Einzug in so eine Plattenbauwohnung ein buchstäblicher Sprung in die Zukunft, da es für die damalige Zeit ein modernes Meisterwerk war. Das sich in den 1990er Jahren prägenden negativen Bild der Platte ist auf den demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel zurückzuführen, welche die Regionen durchlaufen haben.

Die Platte braucht wieder einen Imagewechsel, mit einem modernen und neu gestalteten Konzept für unsere und künftige Generationen. Die Bundesregierung will mindestens 400.000 neue Wohnungen bauen – die Stimmung in unserer Gesellschaft ist gegeben, nun ist es Zeit Wohnraum zu schaffen, den sich alle leisten können und welcher dabei Umwelt- und Klimaschutz sowie Innovationen miteinbezieht.
Wir finden: das schaffen wir mit der Platte des 21. Jahrhunderts.

U1NEU2 Anspruch auf Klimaschutz ins KSG

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Landeskonferenz der Jusos Thüringen möge beschließen:

Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Generation. Er stellt uns als Sozialdemokrat:innen und Gesellschaft vor zahlreiche Herausforderungen. Von der Reduzierung der sozialen Gestaltung der Energiewende über eine völlige Neuordnung des Verkehrssystems bis zur Einhaltung der Pariser Klimaziele gibt es zahllose Aspekte, die wir umsetzen und gestalten müssen.

Die bestehenden Gesetze zum Klimaschutz, insbesondere das KSG, können diesem Anspruch nicht gerecht werden. Das liegt insbesondere daran, dass es keine verbindlichen Handlungsvorgaben zur Bekämpfung des Klimawandels durch die Verwaltung gibt. Als Folge dieser Regelung ist es einzelnen Ministerien und Behörden überlassen, ob und wie sie den Klimawandel bekämpfen. Das widerspricht der Bedeutung des Klimawandels und unseren Ansprüchen an einen demokratischen Rechtsstaat.

Das KSG hat ein Rechtsschutzproblem. Bürger:innen ist es gemäß § 4 Abs. 1 S. 7 KSG verwehrt Verstöße gegen das KSG vor Gericht zu bringen. Damit sind insbesondere die Möglichkeiten, jüngeren und sozial schwachen Menschen ihre Rechte mit Blick auf den Klimaschutz zu verfolgen, erheblich eingeschränkt.

Wir fordern daher, das Klimaschutzgesetz grundsätzlich zu erneuern. Dabei sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

- Konkrete Vorgaben für Unternehmen und Verwaltung, wie der Klimawandel und Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden CO_2 Restbudgets bekämpft wird. Dazu gehören konkrete Grenzwerte und Verhaltensvorgaben.

- Der Kampf gegen den Klimawandel muss demokratisch legitimiert vom Bundestag beschlossen werden. Nur so können wir sicherstellen, dass Entscheidungen sozialverträglich gestaltet werden.

- Bürger:innen müssen die Möglichkeit haben, Verstöße gegen das Klimaschutzgesetz vor Gericht zu rügen. Nur ein Gesetz, das der gerichtlichen Kontrolle unterliegt, wird befolgt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V2NEU Aufbau einer zukunftsfähigen Mobilität für Thüringen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Thüringen braucht eine zukunftsfähige, klimafreundliche Mobilität, die auch Menschen aus dem ländlichen Raum eine kostengünstige und angemessene Mobilität ermöglicht. Dabei sollen städtische und ländliche Mobilität nicht in Konkurrenz zueinanderstehen, sondern sich ergänzen.

Um klimafreundlichen Bahnverkehr in ganz Thüringen zu ermöglichen, müssen bis 2030 alle Bahnstrecken in Thüringen auf elektrischen Betrieb umgestellt werden. Die schnelle Umstellung ist insbesondere zur Erreichung der Klimaziele von großer Bedeutung. Dazu wird durch die Elektrifizierung der Bahnstrecken ihre Einbindung in den überregionalen Verkehr verbessert.

In der Stadt und auch im ländlichen Raum soll der Fahrradverkehr eine höhere Priorisierung gegenüber dem Autoverkehr erhalten. Konzepte sollten berücksichtigen, dass kein Flickenteppich an Fahrradwegen, sondern ein durchdachtes Netz entsteht, welches auch tatsächlich die Nutzung incentiviert.

Projekte, die dem Ausbau des Nahverkehrs (räumlich und zeitlich) dienen, sollen bevorzugte Förderung gegenüber Autoverkehrsprojekten erhalten. Für ländliche Regionen, die auf individuelle Mobilitätsangebote angewiesen sind, sollen kostengünstige oder kostenfreie Park-and-Ride Angebote zur Verfügung gestellt werden, sodass Ballungsgebiete von Autoverkehr entlastet werden und Menschen aus ländlichen Gebieten trotzdem leichten Zugang zu städtischer Infrastruktur und Versorgung erhalten.

Öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum scheitert oft an der sogenannten „letzten Meile“ bis zum Zielort. Eine sinnvolle Lösung für viele Meschen bietet hier die Fahrradmitnahme, die diese „letzte Meile“ überbrückt. Notwendig sind hierfür die kostenlose Fahrradmitnahme und der Ausbau von Mitnahmekapazitäten für Fahrräder im städtischen Nahverkehr und in der Bahn. Des Weiteren kann eine Überbrückung durch Car- und Fahrrad-Sharing Angeboten erweitert werden (z. B. in unmittelbarer Bahnhofsnähe), um auch weiteren Personengruppen die Überwindung der „letzten Meile“ zu ermöglichen.

Wir fordern:

Die vollständige Umstellung aller Thüringer Bahnstrecken auf elektrischen Betrieb soll bis 2030 umgesetzt werden. Fördergelder des Landes sollen zukünftig nur für Mobilitätsprojekte ausgegeben werden, die eine Reduzierung des Autoverkehrs ermöglichen (Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs, Ausbau von Fahrradstrecken, Park and Ride-Angebote zur verkehrlichen Entlastung von Ballungsgebieten, Car-Sharing und Fahrrad-Sharing-Angebote ausbauen). Die Fahrradmitnahme im Nah- und Fernverkehr in Thüringen soll im normalen Fahrkartenpreis für Personen inkludiert sein und bleiben. Die Mitnahmekapazitäten für Fahrräder sollen ausgebaut werden, sowohl im Nah- und Fernverkehr, als auch im Öffentlichen Personen-Nahverkehr.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V4NEU2 SPNV in Thüringen: Wie wir die richtigen Weichen stellen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Der SPNV als ungeliebtes Pendant zum Fernverkehr

Das Thema Schienenverkehr und insbesondere der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) wurde in Thüringen lange recht lieblos behandelt. Einerseits gab es seit 1990 an wichtigen Strecken Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen - beispielsweise durch die “Verkehrsprojekte Deutsche Einheit”, andererseits sorgte die Privatisierung der Bundesbahn jedoch für eine Fokussierung auf den gewinnbringenden Fernverkehr. In der Folge verfielen große Teile des Streckennetzes im Nahverkehr - insbesondere in den peripheren Regionen. So kommt man heutzutage zwar in Windeseile nach Berlin oder München, aber größere Thüringer Städte wie Jena sind inzwischen vom ICE-Verkehr abgekoppelt und Städte wie Ilmenau, an denen eine Strecke unmittelbar vorbeiführt, wurden nicht angeschlossen.

Viele Zugverbindungen sind stillgelegt, an manchen Stellen wurden mittlerweile sogar die Gleise abgebaut. Beträchtliche Teile der Schienenverkehrsinfrastruktur befinden sich noch auf dem Stand des vergangenen Jahrhunderts oder sind gar noch älter. Auch das Rollmaterial (alle Fahrzeuge der Eisenbahn) ist teils veraltet und größtenteils nicht barrierefrei. In der Konsequenz sind die Regionalverbindungen in Thüringen oftmals sehr langsam und schlecht frequentiert.

Das Credo “Schiene vor Straße” trägt die Politik bereits jahrelang vor sich her. Wirklich passiert, ist nur wenig. Um eine tatsächliche Verkehrswende herbeizuführen, braucht es daher massive Investitionen in Schiene: sowohl in das Streckennetz und dessen Infrastruktur als auch in das Rollmaterial. Nur wenn das gewährleistet ist, gehört der Bahn die Zukunft.

Unsere Forderungen für einen zukunftsfähigen SPNV

→ Mehr Verbindungen, schnellere Verbindungen, die Bahn muss zurück aufs Land

Damit künftig mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf die Bahn motiviert werden

können, muss die Bahn wieder attraktiver werden. Verbindungen, die die doppelte oder dreifache Fahrzeit im Vergleich zum Auto benötigen oder so selten befahren werden, müssen perspektivisch der Vergangenheit angehören.

Die vorhandenen Strecken sind folglich zu ertüchtigen und für höhere Geschwindigkeiten auszubauen. Darüber muss es eine bestmögliche Vernetzung und Verzahnung von Bahnstationen, gerade im ländlichen Raum, mit anderen Verkehrsmitteln wie Bussen oder Fahrradstationen geben.

Insbesondere die Teilhabe von Menschen auf dem Land ist unerlässlich, um das Vorhaben der Verkehrswende umzusetzen. Thüringen hat hier einen Standortvorteil, da es ein Land vieler kleiner Nebenbahnen ist und in vielen Orten noch alte Bahngleise liegen. Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken konnte in der Vergangenheit an unterschiedlichsten Orten in Deutschland erfolgreich realisiert werden. Das Beispiel der Wiederauflage der Bentheimer Bahn spricht für sich. Zudem ermöglicht diese Wiedererschließung auch den Anschluss mancher Gewerbegebiete, was zu einer Entlastung des LKW-Verkehrs führt.

Mit dem aktuellen “Masterplan Schiene” der Thüringer Landesregierung sollen tatsächlich vereinzelte Strecken wieder auf einen möglichen Betrieb überprüft werden, hier muss aber noch viel mutiger agiert werden.

Häufig werden verschwommene Bedarfsanalysen vorgenommen, die erläutern, warum es nicht wirtschaftlich ist, Strecken zu reaktivieren oder Verbindungen Randzeiten anzubieten. Von diesem Ansatz muss sich ein Stück weit verabschiedet werden, da andernfalls die Verkehrswende zu scheitern droht. Darüber hinaus zeigen die erfolgreichen Reaktivierungen in den vergangenen Jahrzehnten, dass die errechneten Bedarfe in vielen unter der tatsächlichen Nutzung lagen.

Wir fordern daher:

- die schnelle Einführung eines integralen Taktfahrplans: Thüringentakt bzw. Deutschlandtakt für mehr Synergieeffekte zwischen Fernverkehr, ÖPNV, SPNV und Individualverkehr.

- den flächendeckenden zweigleisigen Ausbau aller Zugstrecken, um eine höhere Taktung zu ermöglichen.

- den Bau von “Verkehrshubs”, um Bus und Bahn optimal zu vernetzen und schnelle Umstiege zu ermöglichen.

- den Ausbau aller Strecken für eine Geschwindigkeit von mindestens 120 km/h.

- Machbarkeitsstudien zur Reaktivierung sämtlicher stillgelegter Strecken in Thüringen.

- Modellprojekte zur tatsächlichen Abschätzung der Bedarfe an bislang nicht genutzten Schienenverkehrsverbindungen.

- eine deutliche verbesserte Taktung zu den Randzeiten in die Peripherie und die Einführung einzelner Nachtverbindungen.

→ Bahn fahren: klimaneutral und digital

Die Schiene zukunftsfest zu gestalten, heißt auch die großen gesellschaftlichen Entwicklungen mitzudenken.

Bereits jetzt beträgt der Anteil elektrischer Züge bundesweit etwa 80 Prozent. Jede:r, die:der jedoch schon einmal in Thüringen in die Bahn gestiegen ist, weiß, dass wir hier weiter hinter dem Bundesdurchschnitt liegen. Gerade in Nord- und Südthüringen wird ein großer Teil des Nahverkehrs mit Dieseltriebwagen betrieben. Das ist auch gar nicht anders möglich, da die meisten Strecken nicht über Oberleitungen verfügen - selbst die bedeutende Mitte-Deutschland-Verbindung ist nicht durchgehend elektrifiziert. Zwar haben Dieselzüge mit ihren Kapazitäten noch immer wesentlich bessere Klimabilanzen als PKWs, allerdings ist auch mit ihnen keine klimaneutrale Mobilität zu erreichen.

Darüber hinaus verstehen es die Bahnbetreiber:innen noch nicht, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen. Einerseits gibt es zahlreiche Prozesse, die noch immer analog ablaufen - beispielsweise wird so manches Stellwerk noch von Hand betrieben, andererseits gibt es zu wenig digitale Angebote: von WLAN in den Bahnhöfen oder Zügen bis zur Mobilfunkabdeckung unterwegs.

Modernisierung muss daher auch Klimaneutralität und Digitalisierung heißen.

Wir fordern daher:

- einen Bahnbetrieb mit 100 Prozent Ökostrom-Nutzung.

- die Einführung digitaler Stellwerke für einen reibungslosen Betriebsablauf.

- mittelfristig elektrischer Betrieb auf sämtlichen Bahnstrecken in Thüringen.

- die Aufrüstung von Bahnhöfen und Zügen mit kostenlosen WLAN-Angeboten.

- die Mobilfunkabdeckung aller Bahnstrecken durch den Ausbau der (passiven) Mobilfunkinfrastruktur.

→ Klotzen statt Kleckern bei laufenden Ausbau-Projekten

Infrastrukturprojekte sind aufwendig und werden immer teurer. Darum ist es klar, dass nicht von heute auf morgen sämtliche Strecken mit Oberleitungen versehen und nicht im nächsten Monat jedes Dorf gut angebunden werden kann.

Doch zumindest die bereits laufenden Projekte müssen zukunftssicher zu Ende gedacht und nicht immer nur in Teilen umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass Projekte wie die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung in regelmäßigen Abständen aufgrund wechselnder Minister:innen im Verkehrsministerium komplett zu scheitern drohen oder mit unsäglichen Deals im Bundesrat um deren Finanzierung geschachert werden muss. Zum Vergleich: In den Ausbau der Autobahn 4 sind seit 1990 ca. 3,5 Milliarden Euro geflossen, während um die Mitte-Deutschland-Verbindung (ca. 600 Millionen Euro) lange gestritten werden musste, inkl. unlauterer Deals..

Teilweise ziehen sich Projekte aufgrund schwankender Finanzierungszusagen über Jahre und Jahrzehnte hin, sodass sie zwischenzeitlich komplett neu aufgesetzt werden müssen, weil sich die bau- und planungsrechtlichen Bedingungen im Laufe der Zeit geändert haben. Jüngstes Beispiel ist deutliche Verzögerung des Ausbaus der Strecke Nordhausen-Erfurt.

Wir fordern daher:

- eine grundsätzliche Priorisierung von Bauprojekten des Öffentlichen Verkehrs über den Individualverkehr.

- eine langfristige finanzielle Sicherung für Verkehrsprojekte, auch bei

eventuellen Kostensteigerungen.

- eine Vereinfachung des Planungsrechts, um Ausbau- und Neubauprojekte auf der Schiene zu beschleunigen.

→ Feminismus auf die Schiene bringen

Verkehrsplanung war und ist von patriarchalen Strukturen geprägt und richtet sich daher nach wie vor häufig nach männlichen Mobilitätsbedürfnissen. Dies äußert sich unter anderem in der Lage von Bahnhöfen und Haltepunkten, die hauptsächlich anhand von Wegen der Männer zum Arbeitsplatz geplant werden oder auch an der Einstiegshöhe von Zügen, die beispielsweise das Mitführen eines Kinderwagens stark behindert.

Zudem stellt der SPNV für FINTA*-Personen ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Im Großraumwagen oder an Bahnhöfen besteht immer die Gefahr, Opfer von Belästigungen oder Gewaltverbrechen durch andere Fahrgäste zu werden, insbesondere nachts.

Wir fordern daher:

- eine konsequent feministische Verkehrsplanung, die sich an FINTA*-Mobilitätsbedürfnissen orientiert, sowohl bei der Streckenplanung als auch bei der Gestaltung der Fahrzeuge. Bisherige androzentrische Ansätze zur Erfassung von Bedarfen und zur Organisation des Schienenverkehrs müssen der Vergangenheit angehören.

- eine bessere Ausleuchtung von Bahnhöfen und ein generelle Verbesserung der Sicherheitslage an Bahnstationen und in den Zügen, beispielsweise durch die Aufstockung des Security-Personals

- verpflichtende Awareness-Schulungen für Zugbegleiter:innen, um bei eventuellen Belästigungen von FINTA*-Personen besser und schneller reagieren zu können. Zugbegleiter:innen und Security-Personal sollen immer paritätisch unterwegs sein.

→ Schluss mit dem Ticket-Wahnsinn, Zeit für ein 365-Euro-Ticket für Thüringen

Thüringen-Ticket, Hopper-Ticket oder VMT-Verbundticket? Tageskarte, Vier-

Fahrten-Karte oder doch lieber Einzelfahrt?

Verschiedene Verkehrsverbünde und ein wirres Ticketangebot stellen für viele eine extreme Hürde bei der Nutzung des Nahverkehrs da. Preise sind meist undurchsichtig, verwirrend und nicht zuletzt teuer. Die Thüringer Kleinstaaterei auch bei den Nahverkehrsverbünden ist kontraproduktiv. Gleichzeitig kann es nicht die Lösung sein, alle Verbünde lediglich an den VMT anzubinden.

Das 9-Euro-Ticket, das im Rahmen des Osterpakets der Bundesregierung für drei Monate erhältlich ist und den Öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland einbezieht, zeigt, dass es auch anders geht. Der Run auf das Ticket beweist, ein simples und günstiges Ticket für den gesamten Nahverkehr wird sehr gut angenommen.

Zur Ehrlichkeit gehört allerdings auch dazu, dass es vor allem Menschen in urbanen Gegenden hilft und Personen, die im ländlichen Raum mit tendenziell schlechterer ÖPNV- oder SPNV-Ausstattung, nur selten unterstützt.

Wir fordern daher:

- die Landesregierung auf, einen neuen einheitlichen Verkehrsverbund zu initiieren und die Verkehrsunternehmen zur Teilnahme zu verpflichten.

- die Weiterentwicklung von Thoska und Azubi-Ticket zu kostenlosem Nahverkehr für Schüler:innen, Azubis, Studierende und Freiwilligendienstleistende.

- kostenlosen Nahverkehr in ganz Thüringen für Sozialhilfeempfänger:innen, Geflüchtete und Senior:innen.

- die Einführung eines flächendeckend gültigen 365-Euro-Tickets für ganz Thüringen.

Begründung

erfolgt mündlich

X1NEU Jusos Thüringen: take your shit together!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

Die Jusos Thüringen beschließen, dass zukünftige Veranstaltungen des Landesverbandes mit mindestens einer Unisex-Toilette auszustatten sind. Mindestens auf dieser Toilette sind außerdem frei zugängliche Menstruationsprodukte vorzufinden. Die Veranstaltungsorte sind dem Beschluss entsprechend anzupassen.

Z1NEU SPD von Elon Musk zurückkaufen

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 14 Spaßanträge

Antragstext

Elon Musk enteignen.

Begründung

Spaßantrag - Begründung erfolgt mündlich

Z3NEU Willy-Brandt-Mausoleum

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 14 Spaßanträge

Antragstext

Die Grabstätte von Willy Brandt auf dem Waldfriedhof Berlin-Zehlendorf ist zu klein. Die Jusos Thüringen fordern ein Mausoleum für den ehemaligen SPD-Vorsitzenden, Bundeskanzler und Helden der Sozialdemokratie. Der Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ erfüllt bereits durch dessen Namensgebung, sowie durch die Größe des Gebäudes alle Voraussetzungen für ein Mausoleum. Wir fordern daher das Grab von Millionen von Euro, in ein Grab von einem der herausragendsten Staatsmännern des 20. Jahrhunderts umzubauen.

Nach dem Umbau zum Willy-Brandt-Mausoleum ist es SPD Ortsvereinen und Juso Kreisverbänden möglich sich aus diesem Reliquien aus Brandts persönlichem Leben auszuleihen. Nicht mal E M findet eine Wohnung in Berin. Deutsche Wohnen enteignen jetzt.